

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 35 / 13. OKTOBER 23

Wir ergreifen Partei

**FÜR
GLEICHSTELLUNG.**

Am 22. Oktober SP Liste 2 in den Nationalrat,
Daniel Jositsch wieder in den Ständerat



WIR
ERGREIFEN
PARTEI.

ANTI-WINDKRAFT

Mit heisser Luft gegen Windmühlen

SEITE 16 - 17



Bild: Jochen Lübke / Ex-Press

CAFÉ BOY

**Neuer Geschäftsleiter im
linken Stammlokal**

S. 3 - 4

IM GESPRÄCH

**Das Poulet und
die Umwelt**

S. 12 - 13

«LA CHIMERA»

**Eine Feier des Lebens, um
des Lebens Willen**

S. 23

Erweitern

Improvisationstheater wie die «Stupid Lovers» erkennen in den Möglichkeiten von sogenannt Künstlicher Intelligenz eine Erweiterung ihrer Spielfelder. Verliessen sie sich bis anhin allein auf die aktive Teilhabe des Abendpublikums, das per Zuruf die Handlung beeinflusst, ist mit Chat-GPT und anderen mathematischen Verarbeitungen von unvorstellbar grossen Datenmengen eine weitere Inputquelle aufgetaucht. Und damit auch ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Sollte sich etwa eine grössere Gruppe vornehmen, eine Palastrevolution anzetteln zu wollen, wie dies in basisdemokratischen Strukturen und Vereinen theoretisch möglich ist, könnte sich der Versuch, die KI am Versuch ihrer scheinbaren Verkörperlichung zu hindern, in sein Gegenteil verkehren und die



Menschen auf der Bühne zu reinen Erfüllungsgehilfen degradieren. Eine Testreihe mit ungewissem Ausgang. *froh.*

«Der Tag, an dem mein Computer dachte, er hätte mehr Persönlichkeit als ich», Sa, 14.10., 20h, Theater am Gleis, Winterthur.

Kitschattacke

Wenn Punk als rebellische Lebenshaltung längst (fast-)fashionable vermarktet ist, sind alternative Mittel zur Gegenwehr gefragt. Myss Keta, immer hinter einem Gesichtsschleier ihre wahre



Identität verbergend, lotst dafür die Grenzregionen des sogenannten guten Geschmacks aus. Ihre Attitüde einer exaltierten Diva sekundiert sie mit Synthesizerklängen der billigsten ItaloDiscoära und verkündet derweil die Botoxspritze als Rettung für jede weibliche Selbstermächtigung. Wer ihren

Anschein mit einem Abbild gleichsetzt, hat schon verloren. Die subversive Anklage der unvoreilhaftesten Umstände durch die Mailänder Musikerin ist beabsichtigt regelrecht ätzend, und ob das einen Konzertabend lang tatsächlich nur Vergnügen bereiten wird, scheint per se ausgeschlossen. Ihr Erfolg indes lässt schwer vermuten, sie tangiere einen Nerv der Zeit des alles entscheidenden oberflächlichen schönen Scheins aufs Schmerzlichste. *froh.*
Myss Keta: «Club Topperia», So, 15.10., 20h, Exil Club, Zürich.

Einstimmen

Um die Grossaufnahme als «die Poesie des Films» zu feiern, greift das Filmpodium auf das Leiden der Märtyrerin Jeanne d'Arc zurück, der im Kammerstück von Carl Theodor Dreyer die Laiendarstellerin Maria Falconetti eine ungeheuer pathetisch-expressive Mimik verlieh. Im Zentrum



des Stummfilms von 1928 steht der historisch verbriefte Gerichtsprozess, an dem die vormalige Freiheitskämpferin verraten und als Ketzerin verurteilt wird. Die Musik dazu liefern zwei der drei Musikerinnen der Genfer Band «Massicot», die diese Auskoppelung allein mit Schlagzeug (Colline Grosjean) und E-Bass (Mara Krastina) «Habitant» nennen und gemäss den greifbaren Hörproben die Bildspannung einer grösstmöglichen Ergriffenheit akustisch nochmals verstärken dürften. Dies am Vorabend der Premiere der erwartbar komplett anders verorteten Stoffbearbeitung von Leonie Böhm am Schauspielhaus. *froh.*

Kino-Konzert: «La passion de Jeanne d'Arc» mit der Musik von «Habitant», Do, 19.10., 18.30h, Filmpodium, Zürich.

Naturell

Situationen, mit denen früher oder später alle konfrontiert sind und deren spezifische Besonderheit das jeweilige menschliche Naturell regelrecht entblößen, sind als Bühnensoli das Steckenpferd von Mike Müller. Nach dem Erben widmet er sich jetzt dem Klassentreffen. Also der Teilnahme, nicht dem Fernbleiben. Wie immer in der Regie von Raphael Sanchez lotet er darin charakterliche Un-

tiefen aus. Längst überwunden geglaubte Reflexe, völlig neu sich entwickelnde Allüren oder schlicht eine möglicherweise immer schon vermutete Latenz können in solch einer Ausnahmesituation anscheinend unvorbereitet über einen hereinbrechen. Oder dann ist halt alles bloss Inszenierung und der kalte Schweiß rührt von der wachsenden Mühe, das eigens dafür zurechtgelegte Script auch wirklich bis zuletzt durchzuhalten. Oder: Ein zutiefst menschliches Typenkarussell. *froh.*



«Klassentreffen», 19. bis 29.10. und 27. bis 30.12., Casinotheater, Winterthur. 29.11. bis 17.12. und 11. bis 31.1.24, Millers, Zürich.

Schwerelos

So nahe wie mit der Unruhe einer automatischen Uhr kam der menschliche Erfindergeist dem Perpetuum mobile nie wieder. Vergleichbares gilt für das Gefühl der Schwerelosigkeit während eines Tauchganges. Man kann trotz der einen umgebenden unendlichen Tiefe nicht fallen und die gleichermassen überwältigende Weite eines Ozeans vermittelt zugleich ein Gefühl des Einsseins mit der Natur wie sie einen an Demut ermahnt. Der Genfer Choreograph Edouard Hue sucht für



seine neuste Kreation «Dive», die in Baden ihre Uraufführung erfährt, nach einem äquivalenten Schutzraum für das Dasein, den er in der menschlichen Intuition vermutet. Er sieht darin die einen lebenslang begleitende Triebkraft, deren Ursprünge weder ergründbar noch deren Aufkommen je komplett negierbar ist. Das Vertrauen darauf kann vordergründig verlernt werden, was aber allein auf die Notwendigkeit einer Neufokussierung hinweist. *froh.*

Beaver Dam Company/Edouard Hue: «Dive», Fr/Sa, 20./21.10., 19.30h, Kurtheater, Baden.



Auch wenn das Café Boy einen neuen Geschäftsführer hat – das historisch-politische Erbe des Traditionsbetriebs bleibt mindestens an den Wänden hängend weiterhin erhalten. (Bild: Tim Haag)

Der neue Boy im Café

Das Café Boy kämpft mit finanziellen Schwierigkeiten. Ein neuer Geschäftsleiter soll das linke Stammlokal wieder auf die Beine bringen.

Tim Haag

Das Café Boy beim Lochergut im Kreis 4 ist ein Stück Zürcher Arbeitergeschichte. Gegründet 1934 von der Proletarischen Jugend Zürich (die heute als «bonlieuGenossenschaft» noch immer Verwalterin des Hauses ist), war die Beiz beim Anny-Klawaw-Platz über viele Jahre Fixstern für linke Arbeiter, Aktivistinnen und Intellektuelle. Während des Spanischen Bürgerkriegs, des Zweiten Weltkriegs und der Jugendunruhen der 1980er-Jahre dienten seine Räumlichkeiten als Versammlungsort, in den 1950er-Jahren wohnten über dem Lokal mit Rosa Grimm und Mentona Moser zwei Gründungsmitglieder der Kommunistischen Partei der Schweiz. Heute befinden sich über dem Restaurant zwei Seminarräume – sie tragen die klingenden Namen «Karl Marx» und «Rosa Luxemburg». Ab 2010, unter der Ägide der Szene-Gastronomen Stefan Iseli

und Jann M. Hoffmann bewegte sich das «Boy» weg von «Züri brennt» und hin zu Schwarzwurzel im Knuspermantel, Hereford-Entrecôte und lauwarmem Morchelflan. Mit dieser eher bourgeoisen Küche verdiente sich das Boy bemerkenswerte 14 Gault-Millau-Punkte, Lamborghinis und Porsches besetzten die Parkplätze an der Sihlfeldstrasse. Neun Jahre später zogen Hoffmann und Iseli weiter – und die SP-nahe Genossenschaft «Wirtschaft zum guten Menschen» schnappte sich das freigebliebene Pächteramt. Ihr Ziel: Einen Raum schaffen, in dem alle, vom Student bis zur Managerin, politisieren, trinken und essen können. Zurück zu den Quartierbeiz-Wurzeln, zurück zu Marx und Luxemburg. Rund 400 Genosschafter:innen und weitere Spender:innen unterstützten das Vorhaben finanziell.

Doch der Startschuss des Projekts ist denkbar unglücklich gewählt: Kaum ein Jahr nach der Übernahme muss das neue alte Café Boy pandemiebedingt wieder schliessen, und ohne über die vergangenen Jahre angehäuften finanzielle Reserven klafft drei Jahre später ein grosses Loch in der Kasse. Als im Verlauf des letzten Jahres vermehrt Tische unbesetzt bleiben, wird die Lage kritisch, nur dank des unermüdlichen Einsatzes der Vorstandsmitglieder Marco Denoth und Germaine Schüepp überlebt das Boy. Dass es um die SP-Stammbeiz finanziell schlecht steht, liegt nicht nur an Corona: «Wir hatten in den letzten Jahren qualitative Probleme im Personal, zu wenig Abwechslung in der Karte und schlicht zu wenig Umsatz», bilanziert Vorstandspräsident und SP-Nationalratskandidat Marco Denoth. Küchenchef Roman

Wyss findet eindeutiger Worte: «Die Geschäftsführung war teilweise nicht nur schlecht, sondern katastrophal. Einige Stammgäste haben sich nicht mehr willkommen gefühlt, und viele von ihnen sind nicht mehr regelmässig vorbeigekommen.» Schuld an den Fehlbesetzungen sei aber nicht die Genossenschaft. Es gebe einfach einen Mangel an guten Gastgeber:innen in der Gastrobranche.

Regionalradikal

Jetzt hat das Café Boy aber einen gefunden. Einen Gastgeber mit Herzblut und Erfahrung, der dem Restaurant ein Gesicht gibt und es in ruhigere Gewässer manövrieren soll: Michael Masetta. Zusammen mit Küsche Wyss bildet der 41-Jährige Stäfner seit Mitte August die Geschäftsleitung des Boy. Masetta ist kein unbeschriebenes Blatt: Er arbeitet seit über 20 Jahren in der Gastronomie und der Hotellerie, auf seinem CV stehen leitende Positionen im Wollishofer «Bürgli», dem La Réserve Eden au Lac oder zuletzt im Neuen Schloss in der Enge. Ein drastischer Wechsel, so von der Fünfsterneküche in die Quartierbeiz. «Die Luxushotellerie ist mir verleidet», sagt Masetta. Und auch wenn das Preissegment im Café Boy tiefer sei: «Die Qualität der Produkte ist es nicht.» Diese seien radikal-regional, marktfrisch, hausgemacht. «Bei uns gibt es keine Erdbeeren im Winter.» Aber es gibt Bio-Forellen aus Bachs und Schnaps vom Quartierhof Wynegg, die Spaghetti macht Nachbar Ludi, der einen Delikatessenladen betreibt und der Rotpunktverlag hat im Boy eine kleine Bibliothek eingerichtet. Mit Wyss hat Masetta die Weinkarte erneuert, das Menu erweitert und Wochenspezialitäten ausgearbeitet.

«Im Café Boy sollen sich alle willkommen fühlen», findet Masetta. «Natürlich ist und bleibt die politische Geschichte des Hauses wichtig, aber eine reine Parteibeiz kann nicht überleben. Es muss für alle etwas dabei sein.» Auch aus diesem Grund ist die Küche im Boy bodenständig: Es gibt Rauchspeckplättli, das berühmte Siedfleisch Boy (immer wieder anders) oder srilankesisches Gemüsecurry. Und zum Dessert ein Schoggibrownie mit Vanilleglacé oder Käse aus dem Bündnerland.

Ausserdem sei die währschafte Küche trendbeständiger und langfristig dankbarer, sagt Masetta. «Eigentlich haben wir doch alle ein Cordon bleu am liebsten – zumindest diejenigen, die Fleisch essen.»

Überambitioniert?

So weit, so fein. Aber lässt sich denn mit dieser radikalen Regionalität und sozialdemokratischem Wirtschaften überhaupt noch ein Restaurant im Trendquartier ums Lochergut über Wasser halten? Vorstandspräsident Denoth gibt zu: «Das ist schon brutal schwierig.» Auch weil man als Genossenschaft den Anspruch habe, allen aus der Partei etwas zu essen und zu trinken anbieten zu können. «Wenn wir das regionale Konzept radikal durchsetzen wollen, sind wir möglicherweise auf finanzielle Unterstützung angewiesen», so Denoth. Diese habe das Boy zwar dank der Genossenschaftler:innen und der Liquiditätsüberbrückung gehabt, das Ziel wäre aber, dass das Restaurant in Zukunft auf eigenen Füßen stehen könne. «Und

«Im Café Boy sollen sich alle willkommen fühlen»

Michael Masetta

vielleicht müssen wir irgendwann das «radikal» streichen und beim Regionalen gewisse Abstriche machen, um langfristig weiterzubestehen.» Die andere Möglichkeit wäre, die Preise anzuheben. Findet auch Geschäftsführer Michi Masetta: «Wir sind noch immer eines der günstigsten Lokale im Kreis 4, in einigen Bereichen wohl zu günstig.» Spätestens, wenn im Januar die Mehrwertsteuer angehoben wird, werde es wohl unumgänglich sein, die Preise leicht anzuheben.

Ein Wendepunkt im Schicksal des Boy könnte der 28. September gewesen sein, als die Interventionseinheit Skorpion das Haus an der Kochstrasse umstellte – nicht, um eine subversive Jugendbewegung festzunageln, aber, weil Alain Berset im Rahmen seiner Bundesrats-Abschiedstournee vorbei-

kam. Zahlreich strömten Interessierte hinein, um Berset beim Revuepassierenlassen der letzten elf Jahre zuzuhören, fast zu zahlreich: Im Publikum kam es zu einigen laut flüsternd ausgetragenen Gehässigkeiten zwischen Alteingewesenen an den Tischen und Neuankömmlingen, die den Alteingewesenen die Sicht auf den Bundespräsidenten versperrten. Masetta freuts: «Ich denke, dieser Event hat einigen Leuten in Erinnerung gerufen, dass es uns gibt.»

An welchen Stellschrauben noch wie fest gedreht werden muss, wird sich bis zum Ende des Jahres zeigen. Tätschmeister Michi ist aber sicher: Mit dem Erfolgsrezept der «unschlagbaren» Lage, regionalen, guten Küche, der neuen Geschäftsführung und den alten Stammgästen kommts gut mit dem Boy. Und immerhin ein Teil der Stammgäste komme seit Mitte August wieder regelmässiger. «Das ist das Wichtigste.»



Michael Masetta will dem Café Boy neues Leben einhauchen. (Bild: zVg)

Reklame

**UNSER KLIMA
DEINE WAHL
GRÜNE JETZT. MEHR DENN JE.
DANIEL LEUPI IN DEN STÄNDERAT**

**GRÜNE
LISTE 3**

Nix Transparenz beim Gewerbeverband

Der Zürcher Gewerbeverband buttert Zehntausende Franken in eine Nationalratskampagne, ohne diese bei der EFK offenzulegen. Die AL fordert die Verantwortlichen auf, Transparenz zu schaffen. Der Blog von Niggi Scherr.

Wenn vom Geld der Wirtschaft in der Politik die Rede ist, denken alle sofort an Economiesuisse. Doch der heimliche Leader, der das Räderwerk der bürgerlichen Parteien schmiert, ist der Schweizerische Gewerbeverband. Neben seinem Beitrag von 539 000 Franken an die «Geld- und Gülle»-Allianz für die Kampagne «Perspektive Schweiz» investiert der Dachverband 395 000 Franken für die logistische Unterstützung (Plakate, Inserate, social media) von 19 Kandidat:innen. Ein Support, der allerdings von verschiedenen Kandidierenden nicht ausgewiesen wird, obwohl er 15 000 Franken pro Kopf übersteigt... Alles in allem sind das knapp eine Million Franken. Daneben findet man im Kampagnen-Register der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) auch vereinzelte kantonale Gewerbeverbände. So deklarieren der Kantonale Gewerbeverband St. Gallen eine Werbekampagne im Umfang von 185 000 Franken und der Thurgauer Gewerbeverband eine für 70 000 Franken.

Gewerbeverband Kanton Zürich: Ein hochpolitischer Verband

Auch der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV), wie er sich seit einiger Zeit nennt, ist dafür bekannt, dass er – ähnlich wie der Zürcher Hauseigentümerverband – hochpolitisch unterwegs ist, deutlich stärker als Bruderverbände in anderen Kantonen. In den letzten vier Jahren hat er laut Geschäftsbericht pro Jahr rund 700 000 Franken für «politische Interessenvertretung» ausgegeben:

Jahr	Betrag	Budgetanteil
2019	725 065	41 Prozent
2020	712 332	42 Prozent
2021	688 988	43 Prozent
2022	662 624	38 Prozent
Total	2 789 009	
Durchschnitt 2019 - 2022	697 252	

Diese Finanzkeule haben auch wir im September 2022 bei der hauchdünn verlorenen Abstimmung über die AL-Initiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» schmerzhaft zu spüren bekommen, bei welcher der KGV als einer der Hauptzahlmeister im Hintergrund agierte.

Aufwendige Wahlkampagne...

Auch bei den Nationalratswahlen ist der KGV mit von der Partie. Für sechs seiner Spitzenleute – Nicole Barandun (Mitte), Anita Borer (SVP), Susanne Brunner (SVP), Martin Farner (FDP),

Rene Schweizer (SVP) und Bruno Walliser (SVP) – und weitere KMU-Kandidat:innen führt er eine unübersehbare Kampagne auf seiner Verbandswebseite und auf der speziellen Wahl-Webseite www.unternehmerwahlen.ch, mit Vorlagen und Visuals für Inserate, Flyer, social media und umfangreicher Werbung für Posts und Videos auf Facebook und Instagram. Laut der Analyse-Webseite www.politransparency.ch hat er bis zum 24. September 2023 – vier Wochen vor den Wahlen – bereits für 144 Anzeigen 29 000 Franken social-media-Werbung geschaltet:

NR-Wahlen	Datum	Anzahl	CHF
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich	24.09.2023	22	8 809
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich	17.09.2023	28	7 726
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich	10.09.2023	37	6 255
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich	03.09.2023	24	3 615
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich	27.08.2023	33	2 721
Total		144	29 126

... aber nix Offenlegung und Transparenz!

Ab 50 000 Franken sind Kampagnen für die Nationalratswahlen meldepflichtig. Bei der aktuellen Kadenz werden bis zum 22. Oktober allein die Kosten für die Werbeschaltungen die 50 000er-Grenze überschreiten.

Nicht zu reden von den Agenturkosten für Grafik, Videos und Werbetoole. Eine Offenlegung und Meldung an die Eidgenössische Finanzkontrolle für die Publikation auf der Webseite <https://politikfinanzierung.efk.admin.ch/app/de/campaign-financings> sucht man allerdings vergebens. Da ist nichts. Gar nix. Nada. Die Frist für Meldungen ist am 6. September, also vor fast einem Monat, abgelaufen.

Herr Scherrer, Frau Barandun: Werden Sie aktiv!

Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich wird von Werner Scherrer, Alt-Kantonsrat FDP, präsidiert, Vizepräsidentin ist Nicole Barandun, Juristin und Co-Präsidentin von Die Mitte Kanton Zürich. Politprofis also.

Da kann man nicht sagen, dass politische Lai:innen am Werk sind. Die AL erwartet, dass die beiden jetzt dafür sorgen, dass subitissimo eine Nachmeldung bei der EFK erfolgt.

EFK kann vor Ort kontrollieren

Gemäss Art. 12 der Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofI) kann die Eidgenössische Finanzkontrolle auch materielle

Kontrollen vornehmen und dabei prüfen, «ob die politischen Akteurinnen und Akteure alle gesetzlich geforderten Angaben und Dokumente gemeldet haben». Laut Abs.3 können die Kontrollen auch «vor Ort stattfinden». Im erläuternden Bericht des Bundesamts für Justiz zur Politikfinanzierung heisst es unmissverständlich: «Eine solche Kontrolle führt die EFK insbesondere dann durch, wenn

sie aufgrund konkreter Umstände annimmt, dass die Kampagnenführenden den Betrag von 50 000 Franken möglicherweise überschritten haben.»

Nicht zu vergessen: Art. 76j des Gesetzes über die politischen Rechte (BPR) sieht bei vorsätzlicher Verletzung der Offenlegungspflicht Bussen bis zu 40 000 Franken vor...

NACHTRAG

Die Aufforderung der AL an den KGV, seine Finanzierung an momentanen Politikampagnen in Bezug auf die nationalen Wahlen offenzulegen, trägt bereits Früchte – auf dem Portal der Eidgenössischen Finanzkontrolle ist nun einsehbar: Der KGV setzt 125 000 Franken für die Unterstützung von 59 Nationalrats-Kandidierenden ein. Die Transparenzforderung der AL habe laut deren Medienmitteilung von gestern dem KVG «offensichtlich Beine gemacht» – es lassen sich aber auch Zweifel seitens AL entnehmen, ob die gemeldeten 125 000 Franken den gesamten Umfang der Wahlkampfspenden umfassen. Immerhin gebe der sankt-gallische Gewerbeverband in einem deutlich kleineren Kanton mit 185 000 Franken deutlich mehr Geld aus. Pro unterstütztem Kopf wären das nach AL-Rechnung rund 13 000 Franken mehr als in Zürich. Auf Nachfrage beim KGV heisst es seitens ihrer Medienstelle, der Betrag von 125 000 stimme so als Total der politischen Kampagnenfinanzierung. *sca.*

FORUM

Wir wählen am 22. Oktober 2023 National- und Ständerat

Mich beunruhigt die wachsende Polarisierung in der aktuellen Legislaturperiode. Ich freute mich sehr, wenn wir Personen wählten, die respektvoll kommunizieren und gemeinsam Lösungen für die drängenden und künftigen Probleme finden gemäss Bundeshauskuppel-Motto: Einer für alle, alle für einen oder miteinander füreinander. Nicht gegeneinander!

Service public gehört in die Hand des Gemeinwesens und setzt demokratische Kontrolle und Steuerung voraus. Menschenrechte werden durch öffentliche Dienste sichergestellt. Ein guter Service public – das Markenzeichen der Schweiz? Das war einmal! Das Gesundheitswesen ist Service public, wird aber je länger je mehr mit Aktiengesellschaften kommerzialisiert, kein Marktrisiko, hohe Profite. Wer zahlt, unter anderem mit stark steigenden Krankenkassenprämien? Wir Einwohnerinnen und Einwohner!

Aktuell immer höhere Mietzinsen aufgrund steigender Bodenpreise. Mieterinnen und Mieter sollen künftig einen angemessenen Mietzins nur für die Wohnung leisten.

Verursacherprinzip. Wer Umweltschäden verursacht, soll künftig dafür je länger je mehr bezahlen. Das gilt auch für die stark subventionierte, umweltschädliche Massentierhaltung, den fossilen Individual- und den Flugverkehr.

Bundesrat, National- und Ständeräte müssen die globalen, humanitären Einsätze des Roten Kreuzes stärker unterstützen. Dies ist die beste Hilfe gegen das globale Flüchtlingselend.

Ich bin stolz auf unsere direkte Demokratie und bitte Sie, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, mit hoher Stimmbeteiligung an diesen Wahlen teilzunehmen. Im Voraus herzlichen Dank,

Willi Herrmann, Rentner, Seewis Dorf

IN KÜRZE

Bereichsleiterin wird pensioniert

Wie aus einer Medienmitteilung der Stadt Winterthur vom Montag hervorgeht, erreicht Regula Forster, die Bereichsleiterin Familie und Betreuung im Departement Schule und Sport, im Herbst

Reklame



2024 das Pensionierungsalter. Der Bereich Familie und Betreuung Sorge dafür, dass über 5000 Winterthurer Kinder und Jugendliche familien- und schulergänzend betreut würden, schreibt die Stadt. Regula Forster habe 2011 die Leitung des damaligen Bereichs Familie und Jugend übernommen, diesen reorganisiert und ab 2015 als Bereich Familie und Betreuung «kompetent, umsichtig, verantwortungsvoll und mit grossem Einsatz geführt und weiterentwickelt». Zuvor war sie ab Mai 2002 als Departementssekretärin im Departement Schule und Sport tätig. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben.

Wichtige Themenbereiche der Hauptabteilung Familie und Betreuung seien auch das Kinder- und Jugendheim Oberi sowie die Frühe Förderung, heisst es in der Mitteilung: «Regula Forster hat die Frühe Förderung seit den Anfängen im Jahr 2008 mit aufgebaut und entscheidend geprägt.» Die Kooperation mit der Regionalstelle Winterthur des kantonalen Amtes für Jugend- und Berufsberatung sei gut eingespielt und mit der Strategie Frühe Förderung Winterthur 2020 – 2024 bestätigt worden. Aufgrund dieser Strategie habe das Stadtparlament 2022 einen Rahmenkredit für die Finanzierung von Angeboten zur Förderung von Kindern im Vorschulalter aus sozial benachteiligten, belasteten Familien und für die niederschwellige Elternbildung gesprochen: «Die Frühe Förderung ist aus der Landschaft der präventiven Angebote der Stadt Winterthur nicht mehr wegzudenken.»

Im Rahmen der breiten Diskussion über die Aufarbeitung fürsorglicher Zwangsmassnahmen in den 2010er-Jahren sei auch das Kinder- und Jugendheim Oberi mit Rückmeldungen ehemaliger Heimkinder über Missbrauchs- und Gewalterfahrungen konfrontiert worden, schreibt die Stadt weiter: «Dies führte zur Aufarbeitung der Winterthurer Heimgeschichte unter Federführung einer Gruppe rund um Regula Forster, welche die ZHAW mit der Erarbeitung der Studie «Winterthurer Kinderheime – Heimalltag im Spiegel von Erlebnisberichten (1950 – 1980)» beauftragte. Die Studie wurde 2017 unter dem Titel «zusammen allein» als Buch in der Reihe der Winterthurer Neu-jahrsblätter publiziert.» *nic.*

Negrellisteg ausgezeichnet

Wie die Stadt Zürich und die SBB mitteilen, haben sie für den Negrellisteg vom Fachverband Fussverkehr Schweiz eine Auszeichnung erhalten: Mit dem «Flaneur d'Or» prämiert der Fachverband alle drei Jahre beispielhafte Fussverkehrsinfrastrukturen. 2023 fand der Wettbewerb zum elften Mal statt. Überzeugt hat die Jury unter anderem die «ästhetische Gesamterscheinung» und das «technisch anspruchsvolle Bauwerk» sowie die Realisierung im Vollbetrieb der SBB. Vor allem aber haben die SBB und die Stadt mit dem Negrellisteg eine Lücke im Zürcher Fusswegnetz geschlossen: Die Brücke bietet eine kurze und direkte Verbindung zwischen den Kreisen 4 und 5. Lobend erwähnt werden denn auch die «begeisterten Feedbacks

aus Sicht der Nutzer:innen». In der Laudatio heisst es weiter: «Der Steg besticht baulich mit seinem schlanken Erscheinungsbild, er ist gleichzeitig Aussichtspunkt und Wahrzeichen über dem Gleis-



Für den Hauptpreis hat es nicht gereicht, ausgezeichnet wird der Negrellisteg trotzdem. (Bild: SBB CFF FFS, René Dürr)

feld.» Ausserdem würdigte die Jury gemäss Medienmitteilung «den Mut, den Steg primär für die Zufussgehenden zu bauen». Er wurde Ende März 2021 nach rund 18 Monaten Bauzeit eröffnet. *nic.*

Wahlorakel zum Letzten

Das letzte SRG-Wahlbarometer vor den Wahlen vom 22. Oktober wurde am Mittwoch veröffentlicht. Dieses wurde von der Forschungsstelle Sotomo durchgeführt. Die grossen Verlierer sind dabei die Grünen, denen ein Verlust von 3,5 Prozent vorausgesagt wird. Ebenfalls im Minus sind laut Wahlbarometer die GLP und die FDP mit je minus 1 Prozent. Zulegen würden die SVP, die 2,5 Prozent gewinnen würde, sowie die SP mit 1,5 Prozent Zugewinn. Auch die Mitte gewinnt, mit 0,5 Prozent aber eher gering. Der Zugewinn der SP wird darauf zurückgeführt, dass im Befragungszeitraum der Anstieg der Krankenkassenprämien bekannt gegeben wurde. Generell sieht es so aus, dass bei den aktuellen Wahlen gegenüber den letzten Wahlen Gewinner und Verlierer die Rollen tauschen. Dabei ist

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2, Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abos: 33.–, www.loopzeitung.ch

allerdings zu beachten, dass die Schätzgenauigkeit dieser Umfrage einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten entspricht. Die FDP droht zum zweiten Mal in Folge zu den Verlierern zu gehören. Das Wahlbarometer sieht einen Rechtsruck voraus, allerdings ist dieser geringer als im Jahr 2015. Die Grünen verlieren ihre Stimmen an die SP, aber auch an die Demobilisierung und an kleinere Parteien. Während der Stimmenzuwachs bei der SP vor allem von den Grünen kommt, kann die SVP auf Stimmenzuwachs hoffen von Personen, die vor vier Jahren nicht gewählt haben. Die Verluste der Grünen sind in der Westschweiz grösser als in der Deutschschweiz, allerdings waren hier auch die Zugewinne vor vier Jahren weitaus grösser. Die grössten Herausforderungen sind nach Meinung der Wählenden die Krankenkassenprämien, der Klimawandel, die Zuwanderung und die soziale Sicherheit. Zugelegt haben dabei vor allem die Themen Zuwanderung und soziale Sicherheit was sich auch in den prognostizierten Gewinnen von SVP und SP niederschlägt. Bei der Liste der grössten Ärgernisse halten die CS-Misswirtschaft, die Genderdebatte / Wokeness und die Klimakleber die Spitzenplätze, an vierter Stelle ist die zunehmende Polarisierung, an der allerdings alle Parteien kräftig mitarbeiten. *mlm.*

Neuer Vertrag

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) des Zürcher Kantonsrats beantragt einstimmig, dass der Vertrag betreffend Gründung der Gesellschaft der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) durch einen Aktionärsbindungsvertrag und eine Eignerstrategie der Aktionäre der Axpo-Holding abgelöst werden soll. Die Kommission will dabei auch den Auftrag an die Aktionärsvertretung klarer formulieren, schreibt sie in ihrer Medienmitteilung von gestern Donnerstag.

Der NOK-Gründungsvertrag datiert vom 22. April 2014. 1928 trat zusätzlich die St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerk AG der NOK bei. 2001 wurde sodann die Axpo Holding AG gegründet, und die Aktionäre tauschten ihre NOK-Aktien in Axpo-Aktien um, während die NOK selber in Axpo Power AG umbenannt wurde. Sie ist eine 100-prozentige Tochter der Axpo. 2016 startete unter der Federführung der grössten Aktionäre Zürich und Aargau ein Projekt, dessen Absicht es war, die veralteten Organisationsstrukturen den neuen Gegebenheiten, insbesondere der Strommarktöffnung, anzupassen. Diese Verhandlungen wurden im November 2018 abgeschlossen, und bis Ende September 2020 genehmigten die beteiligten Kantone die neuen Grundlagen – mit Ausnahme von Zürich und Schaffhausen.

Dem Zürcher Kantonsrat legte der Regierungsrat im Februar 2020 die Ablösung des NOK-Gründungsvertrags sowie eine Ergänzung des Energiegesetzes vor, die Kevu beurteilte die Vorlage jedoch kritisch, worauf der Regierungsrat diese zugunsten einer neuen Vorlage zurückzog. Sie datiert vom 23. März 2022 und stellt laut Medienmitteilung einen

Kompromiss dar, «der im Grundsatz von allen Beteiligten getragen wird» – wobei einige Minderheitsanträge vorliegen. Die Kommission ist sich einig, dass das parlamentarische Mitspracherecht bei der Axpo-Beteiligung des Kantons bzw. der EKZ gestärkt werden muss. Die Mehrheit möchte, dass sich Regierung bzw. EKZ dafür einsetzen, dass die Netzinfrastruktur und «alle für die Versorgung wichtigen Kraftwerke in der Schweiz bei der öffentlichen Hand verbleiben». Zudem soll der inländische Anteil an der Stromproduktion der Axpo eine

«sichere, ausreichende und wirtschaftliche Versorgung mit elektrischer Energie» gewährleisten: Für Gesprächsstoff bei der nun folgenden Behandlung im Plenum ist gesorgt. *nic.*

Korrigendum

Im P.S. vom 6.10. hat sich ein Fehler eingeschlichen: Nicht Fabian Molina spielt im SP-Wahlkampf auf den Sozialen Medien mit Tamara Funicello Mario Kart, sondern Cédric Wermuth. *tim.*

KUNDGEBUNG AUF DEM MÜNSTERHOF



Die brutalen Terror-Attacken der Hamas auf Israel haben weltweit die Menschen erschüttert. In Zürich haben verschiedene jüdische Organisationen aus diesem Anlass eine Solidaritätskundgebung am Dienstagabend organisiert. An dieser nahmen rund tausend Personen teil, darunter auch alt-Ständerat Felix Gutzwiller (FDP) und Ständerat Daniel Jositsch (SP). Ansprachen wurden gehalten von Jacques Lande, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich, der israelischen Botschafterin Ifat Reshef sowie Regierungsrat Mario Fehr (parteilos). Aus Zeichen der Solidarität wurde auf Geheiss der Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) für die Kundgebung am Stadthaus die israelische Fahne gehisst. (Bilder: Ronny Siev)

¡Venceremos!

Wir trauern um

Martin Enkelmann

Journalist

20.6.1947 – 4.10.2023

Er ist in seiner Wahlheimat Anapolis, Brasilien, an Krebs gestorben und dort auch beigesetzt worden.

Martin war ein liebevoller, neugieriger, lebensbejahender und vielseitig engagierter Mensch, mit dem wir zahlreiche Erinnerungen verbinden. Wir vermissen ihn unendlich.

In Liebe und Dankbarkeit

Petra Enkelmann

mit Stefan Brühwiler und Lina Enkelmann

Reinhard Enkelmann und Hanni Enkelmann

Johannes Enkelmann und Anita Zimmerling
Enkelmann

Margot Nemes

Gedenkfeier:

Am 4. November 2023 werden wir um 14:00 Uhr im Café Boy in Zürich von Martin Abschied nehmen.

Traueradresse: Petra Enkelmann, Rousseustrasse 102, 8037 Zürich

Das wahre Social Medium.

PSZEITUNG.CH/ABO

p.s.
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG



La chimera

FESTIVAL DE CANNES
COMPETITION
2023 SPECIAL SELECTION

2023
CANNES
OFFICIAL SELECTION

Ein Film von
ALICE ROHRWACHER

«Wunderbar zart und fließend.»
VARIETY

«La Chimera ist ein Fest
von einem Film.»
SRF KULTUR

FILM COOP

italiano

AB 12. OKTOBER IM KINO

Lösungswort Septemberrätsel: IRREDENTISTEN irre Dentisten

Waagrecht: 7. AUSSENWIRTSCHAFT 10. HAND-
LUNGSREISENDER 18. Vin DIESEL 19. SECONDOS
21. IKER Ike Eisenhower 22. STEIG 23. KRONEN
25. WEF Klaus Schwab 26. TIDEN 27. ONU UNO
28. CAR 29. HAE 30. WUETEN 32. ISLIKON Silikon
33. ETTINGEN Eptingen 35. EKTASEN 36. TOGO
37. ENTRE 39. ENTSATZ 40. SEERHEIN 41. EURO
42. DELLE

Senkrecht: 1. HUNDEWETTER 2. ISLE OF WIGHT
3. ANNETTE an nette 5. TCS 6. AFD 7. AASKRAE-
HE 8. TECHNIKER 9. HEDONISTEN 11. DIREK-
TOR 12. USSR bis 1991 die Union der sozialistischen
Sowjetrepubliken 13. GLEITEN 14. REGEN 15. JO-
KASTE Ödipus' Mutter 16. NO NUKES 17. ER-
NANNT 20. SECONAL 24. ROLAND 31. UNO
34. GEIZ 38. RU

Je einen Dispenser «Birnel» (250 gr.) plus Rezeptbüchlein von der Winterhilfe Zürich gewonnen haben: Rosmarie Gfeller, Zürich und Helen Murbach, Zürich.

www.zh.winterhilfe.ch

6 Wochen nach Erschei- nen alles lesen.

PSZEITUNG.CH/ARCHIV

p.s.
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

Nobelpreiswürdige Nebenwidersprüche

Die Ökonomin und Wirtschaftshistorikerin Claudia Goldin wurde mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet. Sie ist erst die dritte Ökonomin, die diese Auszeichnung erhalten hat. Und sie wurde prämiert für ihre Leistungen in einem Thema, das lange von den Wirtschaftswissenschaften stiefmütterlich behandelt wurde, nämlich der Beteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt. Goldins Arbeit verfolgt die Erwerbsbeteiligung der Frauen über einen langen historischen Zeitraum. Diese sank mit Beginn der industriellen Revolution und stieg dann wieder an nach 1900, insbesondere weil sich ein Dienstleistungssektor entwickelte, in dem mehr Frauen beschäftigt wurden. Einen grossen Effekt auf die Beschäftigung hatten dann aber die 1960er- und 1970er-Jahre, in denen durch die Frauenbewegung eine Reihe von rechtlichen Verbesserungen erzielt wurden. Zudem wurde durch die Entwicklung der Anti-Baby-Pille die Zahl der uner-

Lohnunterschiede sind nach wie vor vorhanden, diese akzentuieren sich nach der Geburt des ersten Kindes.

wünschten Schwangerschaften reduziert, so dass Frauen später heirateten und längere Ausbildungen absolvieren konnten und damit auch länger im Arbeitsmarkt blieben. Damit sind aber die Hürden von Frauen im Arbeitsmarkt nicht gänzlich verschwunden. Auch Lohnunterschiede sind nach wie vor vorhanden, diese akzentuieren sich nach der Geburt des ersten Kindes. Goldin wies insbesondere darauf hin, dass in Tätigkeitsfeldern, in denen Arbeitszeiten sehr lange und unflexibel gestaltet sind, die geschlechtsspezifischen Unterschiede besonders ausgeprägt sind. Ihr Konzept von «gieriger Arbeit» (greedy jobs) besagt, dass der Lohn mit zusätzlichem Arbeitseinsatz in vielen Berufen nicht nur linear steigt, sondern überproportional. Das betrifft gerade hochbezahlte Branchen wie die Finanz- oder Anwaltsbranche besonders. Aufgrund der oftmals vorhandenen ungleich verteilten Hausarbeit und Kinderbetreuung sind Frauen weniger flexibel, können weniger Überstunden und Nachtschichten leisten. Wie sie in einem Interview mit der «Financial Times» ausführte, zeigen die Studien, dass es auch bei den gut ausgebildeten Frauen so ist, dass sie mehr Arbeit zu Hause übernehmen und dass sie jeweils die Hauptverantwortung dafür übernehmen. Wenn

also ein Kind krank ist, dann sind es mehrheitlich die Frauen, die dann nach Hause gehen, um das Kind zu betreuen.

Dass diese Fragen in der Ökonomie heute breiter erforscht würden, sei der Arbeit von Claudia Goldin zu verdanken, schreibt die Ökonomin Isabel Martinez im «Tages-Anzeiger»: «Sie machte mit ihrer Arbeit erst sichtbar, was in der Ökonomie, insbesondere in der Theorie, lange keine Beachtung fand: Die Tatsache, dass die Wahlmöglichkeiten von Frauen häufig durch die Ehe und die Verantwortung für Haus und Familie eingeschränkt waren und sind.» Und damit habe sie auch einen Beitrag dazu geleistet, dass die Ökonomie näher ans Leben rückt und die Menschen nicht nur als geschlechtslose, modellhafte Wirtschaftsakteure behandelt: «Die Ehrung ist daher auch eine Anerkennung der vielfältigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zu aktuellen, gesellschaftlich relevanten Themen, die für den einen oder anderen Ökonomen vielleicht nicht viel mit Ökonomie zu tun haben. Aber die Ökonomie ist eine Sozialwissenschaft, sie funktioniert nicht nach physikalischen Gesetzen, sondern ist geleitet von menschlichem Handeln in all seinen Facetten. Wenn wir diese miteinbeziehen, statt Unterschiede zu ignorieren, können wir wichtige ökonomische Zusammenhänge besser erkennen und verstehen.»

Claudia Goldin habe sich mit politischen Empfehlungen immer zurückgehalten, dennoch habe ihre Arbeit «weitreichende Implikationen für Politik und Gesellschaft – auch in der Schweiz», schreibt Christin Severin in der NZZ. Da das Lohngefälle einen starken Zusammenhang mit der Mutterschaft hat, sollten die durch die Kinderbetreuung anfallenden finanziellen Einbussen eigentlich gerecht verteilt werden, sind es aber in der Realität nicht. Am Schluss des Erwerbslebens haben die Frauen oft eine kleinere Rente, weil sie aufgrund von Teilzeitarbeit oder kleineren Aufstiegschancen weniger in die Pensionskasse einzahlen konnten. Das Risiko ist besonders gross für Nichtverheiratete. Hier bestehe Handlungsbedarf, mein Christin Severin, aber nicht nur für den Staat, sondern auch für die Unternehmen: «Mütter gelten heute neben den älteren Arbeitnehmern als grösste Reserve am Arbeitsmarkt. Das ist eine Verheissung. Es heisst aber auch, dass man es sich bisher geleistet hat, viele Frauen links liegen zu lassen.» Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass fixe und lange Präsenzzeiten nicht zwingend seien, anstatt auf permanente Verfügbarkeit zu setzen, sollen Firmen besser Arbeitsabläufe besser organisieren und planbarer gestalten.

ass die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine ganz zentrale ist, darauf weist auch eine andere Nobelpreisträgerin hin. Der diesjährige Nobelpreis für Medizin geht an Katalin Karikó und Drew Weissmann für ihre Forschung über die sogenannte mRNA, kurz für Boten-Ribonukleinsäure, aufgrund derer die mRNA-Impfstoffe gegen das Corona-Virus entwickelt werden konnten. In einem Interview vom letzten Jahr mit der «Aargauer Zeitung» führt Karikó aus, dass zwar die Anzahl an Studentinnen an den Universitäten massiv gestiegen ist, aber dass viele, sobald sie Kinder kriegen, zurückfallen. Ihr Rezept: «Ich möchte hervorheben, wie wichtig eine qualitativ hochwertige und erschwingliche Kinderbetreuung ist.» Das sei in Ungarn gewährleistet gewesen. «Das Gefühl, dass mein Kind sicher ist, hat mir sehr geholfen, mich auf meine Arbeit zu konzentrieren.»

«Ich möchte hervorheben, wie wichtig eine qualitativ hochwertige und erschwingliche Kinderbetreuung ist.»
Katalin Karikó

Diverse Wahlumfragen sagen einen Rechtsruck voraus. Insbesondere der Ständerat dürfte (noch) konservativer werden. Die diversen Anstösse für mehr Gleichstellung wie die Kita-Vorlage des Nationalrats, die Individualbesteuerung oder die Frage einer Elternzeit werden es also noch schwerer haben. Momentan wird vielerorts eine höhere Erwerbsbeteiligung der Mütter verlangt. So beispielsweise in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung im Unterhaltsrecht. Jetzt will der Bundesrat auch die Witwenrenten kürzen und erwartet, dass sie nach zwei Jahren, sofern sie nicht Kinder unter 25 Jahren betreuen, wieder voll für ihren eigenen Unterhalt aufkommen. Beides ohne dass die nötige Infrastruktur für eine Vereinbarkeit vorhanden ist. Wir alle wissen: Umfragen sind keine Wahlen. Das Resultat steht erst am 22. Oktober fest. In diesem Sinne: Gehen Sie wählen.



Min Li Marti

«Kohl of duty»

Als die UBS in der Finanzkrise von 2008, uuhps ..., «völlig ahnungslos» auf allerlei Schrottpapieren ausrutschte, musste sie bekanntlich vom Staat mit Milliardenkrediten gerettet werden. Stellungnahmen aus allen politischen Lagern betonten damals, so etwas dürfe nie wieder passieren, der Staat dürfe sich nie wieder nach dem Muster «too big to fail» erpressen lassen.

Aber ziemlich bald legte sich die Regulierungsbereitschaft bei den bürgerlichen Parteien. Die Eigenkapital-Anforderungen und die sonstigen Risiko-Reduktionsvorschriften fielen in der einschlägigen Gesetzgebung von 2012 äusserst zahm aus, ebenso schwach blieben die Kontrollkompetenzen der Finanzmarktaufsicht Finma. Die international aktiven Grossbanken konnten sich weiterhin ziemlich ungehindert im Dschungel der globalen Finanzindustrie austoben. Der ab 2011 (bis 2020 und dann wieder ab April 2023) residierende CEO der UBS, Herr Motti, warnte vor «übertriebenen Sicherheitsauflagen», so etwas mache ja nur das Geschäft kaputt und schaffe Nachteile im internationalen finanzindustriellen Wettbewerb. Die bürgerlichen Finanzpolitiker betonten daher gehorsam, man solle die Banken doch nur machen lassen. Dieses Glaubensmantra verkündete denn auch noch unser damaliger «Bundesfinanzueli» nur wenige Monate vor dem Absturz der Credit Suisse.

Und so kam es, wie es angesichts der schwachen Sicherheitsvorgaben früher

oder später kommen musste: Eine der beiden Grossbanken kam gefährlich ins Schlingern und musste vom Staat gerettet werden. Diesmal war es die Credit Suisse. Mit Staatshilfe in 3-stelliger Milliardenhöhe wurde diese taumelnde Mega-Bank in den

Mit Staatshilfe in 3-stelliger Milliardenhöhe wurde diese taumelnde Mega-Bank in den Rachen der UBS geschoben und wurde damit erfolgreich zur «Schreddy-Suisse».

Rachen der UBS geschoben und wurde damit erfolgreich zur «Schreddy-Suisse». Kaum war die CS nun auf diese Weise «ubsolet» geworden, holte der geniale Finanzmagier der XL-UBS, Colm Kelleher, ohne Besinnungspause den als Anti-Regulierungsturbo bekannten «Herrn Motti» wieder an die operative Spitze der UBS. Einem Ruf der Pflicht, «call of duty», ist Herr Motti offenbar gefolgt, wobei dieser «call of duty» selbstredend auch ein jährlicher «salary-call of 14 millions» darstellt.

Die bürgerlichen Parteien, die noch im Frühjahr nach rigorosen Massnahmen im Umgang mit der neuen Klumpenrisiko-

UBS riefen, bleiben nun angesichts der bevorstehenden eidgenössischen Wahlen auf seltsame Weise still. Herr Motti erklärte lauthals, es sei nicht möglich, die CS als parallele Bank für den schweizerischen Alltagsbedarf weiterzuführen, und «schwubbs» passten sich die bürgerlichen Politiker gehorsam dem «Tagesbefehl» des allwissenden «Herrn Motti» an.

Ja, da kann man halt nichts machen, die UBS ist nicht nur «too bis to fail», sie ist – ähnlich wie der Papst – auch «unfallbar». Und weil doch im Grossen und Ganzen – bis zum nächsten Crash – alles so gut über die Bühne gegangen ist, darf die neue Finanzministerin nun wegen ihrer stromlinienförmigen Zusammenarbeit anlässlich der notrechtlichen «Ubsorbierung» der CS

Die neue Finanzministerin darf neuerdings stolz den Ehrentitel «Kelleher-Sutteher» tragen.

neuerdings stolz den Ehrentitel «Kelleher-Sutteher» tragen. Herr Motti ist jedenfalls sehr froh darüber, dass sie dem letzten übriggebliebenen CH-Banken-Haifisch nach dem CS-Notfrass allfällige lästige Auflagen erspart hat, sonst nämlich hätte er den «Kohl of duty» wohl kaum angenommen. Christof Brassel

Cartoon by Roman Prelicz



Economiesuisse verkennt die Realität

Was nicht wirklich verwundert, aber wieder mal gesagt werden muss: Der Wirtschaftsverband Economiesuisse verkennet die Realität der Schweizer Gesellschaft.

Aktuell hören wir zum Thema Kostensteigerung im Gesundheitswesen diverse Ideen und Ansätze zu deren Dämpfung – da sind durchaus gute und sinnvolle dabei, diejenigen von Economiesuisse gehören bestimmt nicht dazu. Nur schon ihre Analysen sind falsch und ohne Weiteres zu widerlegen. Fridolin Marty, Leiter Gesundheitspolitik bei Economiesuisse behauptet in der NZZ, dass seit der Einführung des KVG 1996 nur 32 Prozent der Gesundheitskosten privat finanziert werden. Dies im Gegensatz zu vor dem KVG, bei dem es noch 45 Prozent gewesen sein sollen. Tatsache ist, dass bei den Finanzierungsquellen – und nur diese sind schlussendlich relevant – die privaten Haushalte in den Jahren 2020 und 2021 58 Prozent der Gesundheitskosten aus der eigenen Tasche bezahlen mussten. Sie blenden schlicht aus, dass die obligatorische Krankenpflegeversicherung via Prä-

alle, die gesund sind, doppelt Pech für diejenigen Menschen, die krank werden und so auch gleich in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten kommen.

Zur Bürokratisierung: Ja, sie ist tatsächlich ein Ärgernis, aber warum ist sie denn in den letzten Jahren überall gestiegen? Es ist im stationären Bereich vor allem die nun nicht mehr ganz neue Spitalfinanzierung mit ihren Fallpauschalen, die zu immer mehr Erfassungen, immer stärkerem Fokus auf einzelne Leistungsnachweise der Berufsgruppen und ständiger Optimierung der Kodierung von Diagnosen führt. Es ist das bürgerlich-neoliberale Spitalfinanzierungssystem, bei dem immer mehr Wettbewerb erhofft wird, das aber gleichzeitig immer mehr Administration und das Nachweisen von Zahlen und Leistungen zur Folge hat. Es steigert weder die Qualität noch die Effizienz im Gesundheitswesen. Dieses Spitalfinanzierungssystem trägt aber nicht unwesentlich zu unnötigen Kostensteigerungen bei, z.B. Stichwort Überversorgung. Economiesuisse und ihr verlängertes politischer Arm, die FDP sollen, statt Eigenverantwortung bei der Bevölkerung einzufordern, lieber die eigene Verantwortung erkennen und wahrnehmen und eingestehen, dass sie mit einer wettbewerbsgesteuerten Spitalfinanzierung falsch gelegen sind. Sie funktioniert nicht, und Deutschland – unser damaliges Vorbild für diese Spitalfinanzierung – plant nun mit SPD-Gesundheitsminister Lauterbach die Kehrtwende. Spitäler sollen bis zu 60 Prozent fix für Vorhaltleistungen wie Personal und Technik vergütet und Leistungsanreize zurückgefahren werden. Dies bindet den sinnlosen Wettbewerb, Bürokratie und die unnötige Leistungsausweitung zurück und setzt auf eine gute und ausreichende Spitalversorgung von entsprechender Qualität.

Economiesuisse und FDP lagen mit einer wettbewerbsgesteuerten Spitalfinanzierung falsch.

mien und somit von uns allen, den privaten Haushalten, finanziert wird.

Kommen wir zu den Vorschlägen von Economiesuisse zur Dämpfung der Gesundheitskosten. Es ist das Mantra von mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratisierung. In Bezug auf die Eigenverantwortung fordert sie mehr finanzielle Beteiligung der Bevölkerung an den Gesundheitskosten: Glück für



Andreas Daurù, Co-Präsident SP Kanton Zürich

Drei Säulen für eine grüne Wirtschaft

Während des Treffens der Unterliste «Grüne: Für nachhaltiges Wirtschaften», bei dem verschiedene Unternehmer:innen zugegen waren, entstand eine fruchtbare Diskussion darüber, wie eine grüne Wirtschaft aussehen könnte. Auf Grundlage dieses Austauschs möchte ich drei Säulen skizzieren, die mir für ein erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaftssystem besonders wichtig erscheinen.

1. Schutz unserer Natur: Es ist unbestreitbar, dass der Schutz unserer Umwelt und die Erhaltung der Biodiversität zentrale Anliegen unserer Zeit sind. Daher sollten wir etwa ein Drittel der Fläche unter Schutz stellen und für Regenerationszwecke der Natur überlassen. Dies würde nicht nur der Biodiversität zugutekommen, sondern auch kühlend auf das Klima wirken. Es wäre ein Ausgleich für die bereits durch die Wirtschaft verursachte und noch kommende Umweltzerstörung. In Anbetracht der Klimaerhitzung und Biodiversitätskrise sollte dieser Schritt rasch umgesetzt werden.

2. Sicherung der Grundbedürfnisse: Die Wirtschaft bezweckt die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Bei essenziellen Grundbedürfnissen wie Wohnraum, Ernährung oder medizinische Versorgung sollte die Distribution jedoch nicht dem freien Markt überlassen werden. Um eine zu hohe Abhängigkeit der Konsument:innen auf einem unregulierten Markt zu vermeiden, könnte durch staatliche Lenkung oder durch eigene Angebote der öffentlichen Hand sichergestellt werden, dass Grundbedürfnisse ausreichend angeboten werden. In diesem Zusammenhang sieht die kürzlich von uns eingereichte Wohnungsinitiative vor, dass der Kanton eine Wohnbaugesellschaft gründet, die ökologisch nachhaltigen Wohnraum zu günstigen Preisen anbietet. Neben proaktivem Handeln der öffentlichen Hand ist es zudem

essenziell, Menschen, die sich um Grundbedürfnisse anderer kümmern, nicht systematisch zu benachteiligen. Beispielhaft hierfür steht die oft unbezahlte Fürsorgearbeit. Wenn Menschen sich um ihre Nächsten kümmern, sollte dies angemessen entlohnt sein oder sich zumindest rentenbildend auswirken.

3. Eine partizipative und inklusive Marktwirtschaft: Die übrigen Konsumgüter und Dienstleistungen könnten in einem sozial ausgerichteten Marktsystem verteilt werden. Viele meiner Gesprächspartner:innen berichteten, dass sie in einem KMU oder als Selbstständige erfüllter arbeiten. Hier könnte der Fokus darauf liegen, gesunde Unternehmenskultur anstatt ständiges Wachstum zu fördern. Ideen wie ein maximales Kapital für Unternehmen oder die Beteiligung von Mitarbeiter:in-

Bei essenziellen Grundbedürfnissen wie Wohnraum, Ernährung oder medizinischer Versorgung sollte die Distribution nicht dem freien Markt überlassen werden.

nen an Unternehmensentscheidungen könnten Wege sein, den Markt fairer und inklusiver zu gestalten.

Abschliessend möchte ich betonen, dass wir bereits heute rechtliche Rahmenbedingungen haben, die solch positive Veränderungen ermöglichen. Es liegt an uns – und insbesondere an den politischen Entscheidungsträgern – diese Vision in die Tat umzusetzen.



Simon Meyer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich und Nationalratskandidat

Wie der Konsum von Huhn die Umwelt beeinflusst

In einer Zeit, in der die Nachhaltigkeit unserer Ernährung zunehmend in den Fokus rückt, kommt man nicht um die Frage herum, ob und wie der Verzehr von Hühnerfleisch mit sozialen und ökologischen Grundsätzen vereinbar ist. Warum ein gänzlicher Verzicht nicht die Lösung sein muss, diskutiert Simon Jacoby im Gespräch mit der Kochbuchautorin Anna Pearson.

In Ihrem neuen Projekt «Huhn + Hahn» sagen Sie, dass wir aus ökologischen Gründen Huhn essen sollen. Das ergibt für mich auf den ersten Blick keinen Sinn.

Anna Pearson: Es gibt viele ökologische Gründe, kein oder möglichst wenig Huhn oder Fleisch im Allgemeinen zu essen. Dennoch ist es möglich, Hühnerfleisch auf ethisch, sozial und ökologisch vertretbare Weise zu essen.

Wie?

Indem das Huhn wieder so gehalten, aufgezogen und verzehrt wird, wie es vor der Industrialisierung üblich war. Das heisst, die weiblichen Tiere legen Eier und die männlichen, die keine Eier legen, werden aufgezogen und geschlachtet, bevor sie geschlechtsreif sind und sich gegenseitig angreifen.

Sie sprechen vom sogenannten Zweinutzungshuhn.

Genau. Das Zweinutzungshuhn ist eine Rasse, bei der die beiden Geschlechter unterschiedlich genutzt und verwertet werden. Das Weibchen legt Eier und das Männchen wird gegessen. In der heutigen industriellen Hühnerzucht gibt es im Wesentlichen zwei getrennte Hühnerlinien: eine, die auf maximale Legeleistung gezüchtet wird, und eine, die schnell viel Fleisch ansetzt und zum Verzehr bestimmt ist.

Was spricht gegen diese Form der Haltung und Aufzucht?

Ökonomisch gesehen nichts, denn es ist die effizienteste Lösung, viel Fleisch und viele Eier zu produzieren. Bezieht man soziale, ökologische und ethische Aspekte mit ein, werden die Schattenseiten deutlich. Denn die männlichen Tiere jener Rasse, die zum Eierlegen gezüchtet werden, sind für die Industrie nutzlos, weil sie keine Eier legen und gleichzeitig nicht viel Fleisch ansetzen.

Deshalb werden die männlichen Küken gleich nach der Geburt geschreddert. Beim Zweinutzungshuhn müssten diese Küken nicht sterben, sondern würden aufgezogen und später zum Verzehr geschlachtet.

Statt die männlichen Küken direkt nach der Geburt zu schreddern, sollen sie aufgezogen und erst dann geschlachtet werden. Getötet werden sie aber so oder so.

Das stimmt. Wenn man aber die frisch geschlüpften Küken direkt schreddert, ist das auch eine Vernichtung von Nahrungsmitteln für uns Menschen und eine Verschwendung von Ressourcen. Denn bis ein Huhn ein Ei legt, muss es aufgezogen und gefüttert werden. Das kostet Energie und Ressourcen. Tötet man die Hälfte der Küken gleich nach der Geburt, gehen Ressourcen verloren. Ein weiterer Punkt, der gegen die industrielle Hühnerhaltung spricht, ist die Fütterung. Das Hauptfutter der Industrielöhner ist Soja.

«Der grösste Teil des Sojaanbaus dient als Futtermittel für Nutztiere. Das Zweinutzungshuhn hingegen wird mit dem gefüttert, was ohnehin übrig bleibt.»

Anna Paerson

Und warum ist das problematisch?

Aus zwei Gründen: Erstens machen wir das Huhn zu einem direkten Nahrungskonkurrenten. Denn Soja gehört als pflanzliches Lebensmittel auch zu den Grundnahrungsmitteln des Menschen. Das Soja, das wir an unsere Hühner verfüt-

tern, fehlt – bildlich gesprochen – auf den Tellern des globalen Südens. Global gesehen ist das unsozial und unethisch.

Was ist der zweite Grund?

Der grossflächige Anbau von Soja geht einher mit der weltweiten Rodung von Urwäldern. Gäbe es weniger industrielle Hühnerfarmen, würde auch weniger Soja angebaut. Denn der grösste Teil des weltweiten Sojaanbaus dient als Futtermittel für Nutztiere. Das Zweinutzungshuhn hingegen wird mit dem gefüttert, was ohnehin übrig bleibt. Essensreste der Menschen, Nebenprodukte aus der Landwirtschaft oder Regenwürmer und Insekten – so wie früher die Hühner auf dem Bauernhof. Das Problem ist nicht die Hühnerhaltung an sich, sondern der industrielle Ansatz, möglichst viel Fleisch möglichst billig zu produzieren.

Fassen wir zusammen: Männchen und Weibchen werden aufgezogen, die Weibchen legen Eier, die Männchen werden geschlachtet und zu Hähnchen verarbeitet. Gefüttert wird, was in der Landwirtschaft übrig bleibt oder was die Menschen nicht mehr essen. Der Ansatz klingt plausibel, aber wie realistisch ist er?

Heute wird kaum noch so produziert. Bis Mitte des letzten Jahrhunderts war das Zweinutzungshuhn Standard. Aus Effizienzgründen wurde auf das Hochleistungshuhn umgestellt. Und heute ist es der neue Standard. Seit einigen Jahren findet aber wieder ein Umdenken statt, nicht nur aus den erwähnten ökologischen Gründen, sondern auch aus Gründen des Tierwohls. In der Schweiz konzentriert sich diese Diskussion zurzeit auf das Kükentöten. So wurde im Biobereich beschlossen, dass ab 2026 keine männlichen Küken mehr getötet werden dürfen. Das bedeutet, dass auch diese in Zukunft aufgezogen werden müssen. Es wäre also ein idealer Zeitpunkt, jetzt verstärkt auf das Zweinutzungshuhn umzustellen.

Nehmen wir an, die komplette Agrarindustrie würde sich von der Massenproduktion verabschieden und aufs Zweinutzungshuhn umsteigen. Dann gäbe es nicht mehr jeden Tag ein Spiegelei zum Frühstück und ein Chicken-Sandwich zum Mittagessen, oder?

Gut, sprechen Sie diesen Punkt an. Wenn man den Ansatz verfolgt, dass keine zusätzlichen Ressourcen für die Hühner zur Verfügung stehen, ist das Futter automatisch durch die Menge der Nebenprodukte begrenzt, die übrig bleiben. Jeden Tag ein Ei zum Frühstück gäbe es dann nicht mehr, nein. Und Fleisch gäbe es auch weniger, weil nur noch das der Männchen zur Verfügung stünde.

Können Sie konkreter werden? Wie viel Eier und wie viel Fleisch dürfte man noch essen?

Laut einer Broschüre von Greenpeace, die auf Berechnungen der ZHAW basiert, ergäbe sich ein Eierkonsum pro Person und Jahr von etwa 60 Stück.

Wie viele Eier essen wir heute?

Im Jahr etwa 200 Eier.

Da bliebe also noch knapp ein Viertel von unserem jetzigen Eierkonsum. Wie sieht es beim Fleisch aus?

Beim Fleisch müssten wir nochmal mehr verzichten. Pro Jahr könnte man noch etwa ein Drittel Huhn essen, also eine Mahlzeit.

Faktisch käme das einer veganen Ernährung gleich. In der aktuellen politischen Grosswetterlage ist es völlig utopisch, einen solchen Verzicht vorzuschreiben.

Das stimmt, im Vergleich zu dem, was wir heute verbrauchen, ist das utopisch. Aber man kann sich diese Rechnung als Inspiration vorstellen. Ich denke, es ist wichtig, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, wie der Konsum von Eiern und Fleisch mit der Konkurrenz von Nahrungsmitteln und einem enormen Ressourcenverbrauch einhergeht.

Sich vegan oder vegetarisch zu ernähren ist für viele Menschen nicht mehr so abwegig wie noch vor einigen Jahren. Zumindest in Teilen der Bevölkerung findet ein Umdenken statt. Doch wie erreichen wir ein flächendeckendes Umdenken?

Genau das versuche ich als Kochbuchautorin, indem ich Kochkurse gebe und damit hoffentlich möglichst viele Menschen sensibilisiere und aufkläre. Damit erreiche ich einen gewissen Personenkreis, aber natürlich nicht diejenigen, die sich jeden Mittag ein Schnitzelbrötchen kaufen. Wichtig wäre auch, dass in den Schulen ein bewusster Fleischkonsum vermittelt wird. Und natürlich muss die Politik viel stärker in die Pflicht genommen werden.

Wie?

Die Landwirtschaft wird heute schon stark von der Politik gelenkt. Man müsste mehr nachhalti-



Anna Pearson: «Die Politik muss viel stärker in die Pflicht genommen werden.» (Bild: Elio Donauer)

ge Produktion fördern oder Verbote einführen. Wenn man bedenkt, dass wir bis 2050 zwei Milliarden Menschen mehr auf der Erde haben werden, die alle etwas zu essen brauchen, müsste man meiner Meinung nach die Verfütterung von Getreide an Tiere strikt verbieten. In der Schweiz werden auf 60 Prozent der Ackerfläche Futtermittel angebaut, und das reicht nicht einmal, um alle unsere Nutztiere zu ernähren. Zusätzlich importieren wir noch einmal die gleiche Menge aus dem Ausland. Weltweit werden rund 80 Prozent der Sojaernte und ein Drittel des weltweit produzierten Getreides verfüttert. Diese Zahlen muss man sich einmal vor Augen führen.

«In der Schweiz werden auf 60 Prozent der Ackerfläche Futtermittel angebaut, und das reicht nicht einmal, um alle unsere Nutztiere zu ernähren. Zusätzlich importieren wir noch einmal die gleiche Menge aus dem Ausland.»

Anna Pearson

Sie sagen es selbst, momentan sind wir als Gesellschaft noch weit entfernt von einer sozial-ökologischen Fleischproduktion. Was lässt sich dennoch im Kleinen verändern?

Indem man seinen Konsum hinterfragt und versucht, auf industrielles Hühnerfleisch zu verzichten. Ich persönlich gehe kaum noch zum Grossverteiler, sondern versuche, möglichst viel in

Bio- oder Demeter-Läden oder direkt ab Hof zu kaufen. Da weiss ich, wo die Produkte herkommen und wie sie produziert wurden. Auf meiner Homepage habe ich auch eine Liste von Höfen zusammengestellt, die heute schon Zweinutzungshühner halten.

Wenn wir von Hofladen, Bio und Demeter sprechen, geht es auch um den Preis. Nachhaltig produzierte Lebensmittel sind in der Regel deutlich teurer, als wenn ich bei Migros oder Coop einkaufe. Das können sich nicht alle leisten.

Unter dem Strich sind Produkte aus nachhaltiger Produktion teurer – das ist richtig. Aber es gibt auch qualitativ hochwertige und ökologisch erzeugte Lebensmittel zu relativ günstigen Preisen, zum Beispiel saisonale Produkte oder wenn man direkt beim Produzenten kauft. Zudem gibt es Angebote wie Lebensmittelkooperativen oder solidarische Landwirtschaft, wo man sich als Kund:in mit Arbeitseinsätzen aktiv einbringen und dafür Lebensmittel zu Einkaufskonditionen beziehen kann. Das Problem liegt aber auch hier in falschen Anreizen seitens der Politik.

Das System müsste sich ändern, statt dass die Kosten auf die Konsument:innen abgewälzt werden.

Ja. Der Grund, warum gute Lebensmittel teurer sind, liegt in der Verteilung der Subventionen. Was ich bei meinem Demeter-Bauern für das Gemüse bezahle, deckt gerade die Kosten, die er und sein Team haben, um die Lebensmittel nachhaltig zu produzieren. Alle Industrieprodukte sind eigentlich nur deshalb so billig, weil die Folgekosten nicht im Preis enthalten sind. Trotzdem appelliere ich an die Eigenverantwortung. Ich denke, wer es sich leisten kann – und das ist für viele auch eine Frage der Prioritätensetzung – hat die Verantwortung, einen entsprechenden Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten.

Redaktionelle Mitarbeit: Noëmi Laux

Vision für «Oberi» und Hegi

Das Departement Bau und Mobilität der Stadt Winterthur hat eine produktive Phase – kurz nach dem Entwurf für einen neuen Richtplan und der Realisierung von Tempo 30 nördlich der Altstadt folgt mit dem Masterplan Bahnhof Oberwinterthur ein weiteres Puzzleteil bei der Umsetzung des Leitbildes «Winterthur 2040». Kernstück ist die stärkere Verbindung von Oberwinterthur, Hegi und dem Eulachpark.

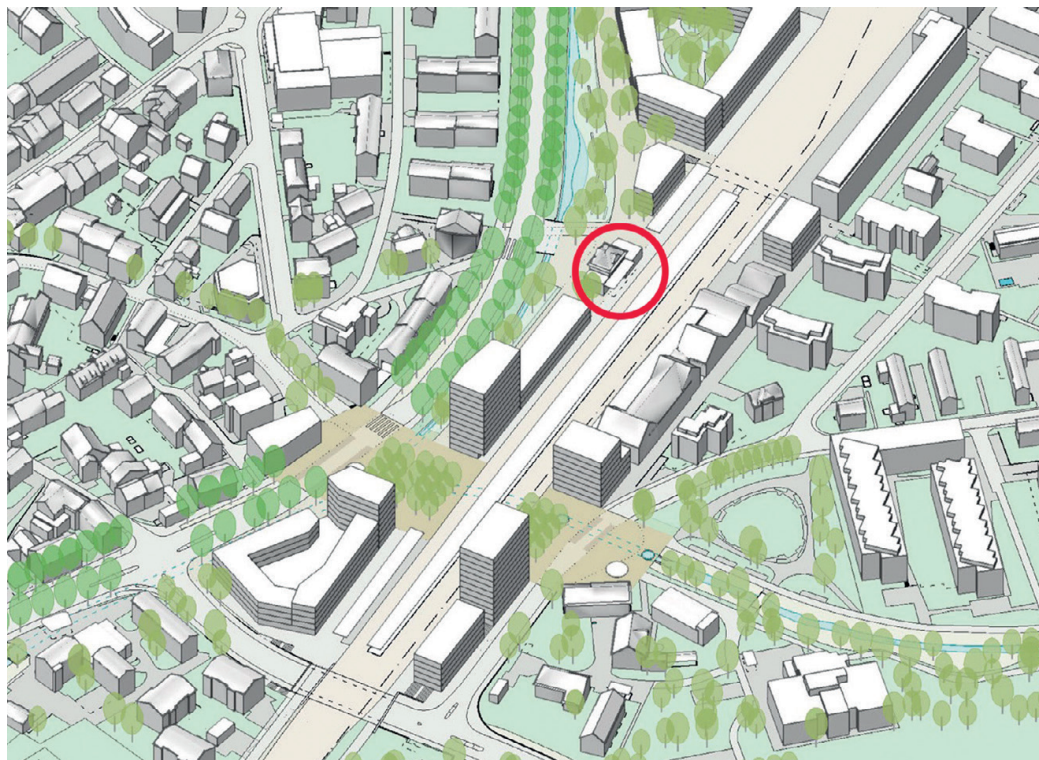
Matthias Erzinger

Aktuell bildet der Bahnhof Oberwinterthur – auch wenn er nach dem Hauptbahnhof und Grüze der dritt wichtigste Bahnhof in Winterthur ist – ein isoliertes Dasein: Sowohl der Dorfkern von Oberwinterthur wie auch die neuen Entwicklungsgebiete Hegi und Neu-Hegi sind von ihm abgetrennt. Oberwinterthur oder «Oberi» durch die Einfallsachse Frauenfelderstrasse, Hegi/Neuhegi durch die Eisenbahnlinien. Im Leitbild Winterthur 2040 bildet das Areal aber eines von sechs Schwerpunktgebieten. Die SBB planen, bis etwa 2035 das Areal zu entwickeln, respektive teilweise zu überbauen. Neben den SBB ist die Stadt Winterthur eine der grössten Landbesitzerinnen auf dem fraglichen Areal.

Nun haben SBB und Stadt miteinander einen Masterplan erarbeitet, welcher auf dem Leitbild beruht, aber auch den neuen Klimaplan oder das Mobilitätskonzept der Stadt aufnimmt. Die Situation kann aus Zürcher Sicht etwas mit dem Bahnhof Oerlikon verglichen werden, dessen nördliche Seite auch lange ein Schattendasein führte, weil es keine vernünftige Querung der Gleise gab.

Oberi und Hegi sollen verbunden werden

Kernstück des Masterplanes bildet die Schaffung einer attraktiven Querung, welche die vielbefahrene Einfallsachse miteinbezieht. Auf beiden Seiten soll ein attraktiver Platz mit öV-Anbindungen entstehen. Ein grosser Freiraum mit Bäumen und entsiegeltem Boden steht für Velos und Fussgänger:innen zur Verfügung. Angepasst dazu bilden hohe Häuser bis ca. 45 Meter Höhe Entwicklungsmöglichkeiten für Wohnungen, Gewerbe und Läden. Im Rahmen der Entwicklung wurde auch eine Variante mit einer Überführung geprüft, die aber wieder verworfen wurde.



Neuer Freiraum und eine grosszügige Unterführung für FussgängerInnen und Velos verbinden neu Oberi und Hegi. Rot markiert das alte Bahnhofgebäude, das erhalten werden soll. (Bild: Masterplan Bahnhof Oberwinterthur)

«Der Masterplan bildet eine erste Basis, auf der die nächsten Schritte wie Testplanung und Gestaltungsplan aufbauen», sagt Martin Jakl, Projektleiter im Amt für Stadtbau der Stadt Winterthur. Es sei darum gegangen, dass Stadt und SBB-Infrastruktur ein gemeinsames Verständnis erarbeitet hätten und grundlegende Leitlinien der zukünftigen Entwicklung fixiert wurden. Die Quartiervereine wurden über die Entwicklung informiert und ihre Inputs zu Beginn der Arbeiten abgeholt,

«Es ist darum gegangen, dass Stadt und SBB-Infrastruktur ein gemeinsames Verständnis erarbeitet haben und grundlegende Leitlinien der zukünftigen Entwicklung fixiert wurden.»

Martin Jakl, Projektleiter im Amt für Stadtbau der Stadt Winterthur

wobei auf eine breite Diskussion verzichtet wurde, «dafür wird dann die Phase der Testplanung und des Gestaltungsplanes eine bessere Basis bilden, da jetzt noch zuviele Parameter offen sind».

Gerangel um Bauten absehbar

Absehbar ist aber bereits jetzt am Masterplan, dass ein gewisses Gerangel um das begehrte Land entstehen könnte. Aktuell werden grosse Flächen als Parkplätze genutzt, die teilweise sicher auch dem Freiraum weichen müssen. Wieviele der jetzigen Parkplätze bleiben werden, ist gemäss Jakl auch eine Frage der weiteren Entwicklungen und wird in Absprache mit den Grundeigentümern evaluiert.

Klar hält der Plan fest, dass auf dem Areal grössere Bauten entstehen könnten – und damit neben Laden und Gewerberäumen in den Erdgeschossen auch Wohnungen. Die SBB-Immobilien sind bekannt dafür, auf eine absolute Maximierung der Rendite zu zielen. Hier wird sich zeigen, wie weit sich die Stadt durchsetzen kann, welche im kürzlich veröffentlichten Richtplanentwurf eine Bandbreite von 30 bis 50 Prozent kostengünstigen Wohn- und Gewerberaumes für neue Überbauungen festgeschrieben hat.



Der detaillierte Bericht zum Masterplan ist zu finden auf der Projektwebsite unter https://t1p.de/mp_oberi

Kanton entschleunigt Wädenswiler Stadtzentrum

Über viele Jahre hatte sich der Kanton gegen Tempo 30 auf der Zugerstrasse im Wädenswiler Zentrum gesträubt. Jetzt drosselt er die Höchstgeschwindigkeit gleich auf allen drei Staatsstrassen im Ortszentrum.

Arthur Schäppi

Für die Anwohner:innen an den stark befahrenen und lärmigen Hauptverkehrsachsen im Wädenswiler Stadtzentrum ist es eine gute Nachricht – für Fussgänger und Velofahrerinnen ebenso. Der Verkehr in der Innenstadt soll schon bald weniger laut, langsamer und sicherer werden. Der Kanton senkt auf dem gegen 350 Meter langen Abschnitt der Zugerstrasse zwischen dem Zentrumskreisel an der Seestrasse und der Rosenbergstrasse etwas unterhalb des Kreisels an der Oberdorfstrasse und des dortigen Migros-Supermarktes die Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 Stundenkilometer. Mit dieser Tempodrosselung im untersten Abschnitt des Wädenswiler Autobahnzubringers geht für die Stadt ein dringlicher Wunsch, mit dem die Behörden über viele Jahre hinweg beim Kanton stets aufgelaufen waren, nun doch noch in Erfüllung. Mehr noch: Auch auf den beiden weiteren Hauptachsen im Zentrumsbereich, beides ebenfalls Staatsstrassen, sollen die Autofahrer:innen nach den Plänen des Kantons vom Gaspedal. Denn auf der Seestrasse beidseits des Zentrumskreisels auf einer Strecke von 400 Metern zwischen dem Weinrebe-parking und dem Jugendkulturhaus Sust soll bald ebenfalls Tempo 30 statt 50 gelten. Und genauso auf der Schönenbergstrasse auf dem untersten, gut 250 Meter langen Abschnitt ab der Zugerstrasse bis zur reformierten Kirche und zum Volkshaus an der Kreuzung Oberdorf-/Etzelstrasse.

«Mehr Lebensqualität»

Die vom Kanton für 2024 geplanten Temporeduktionen würden vom Stadtrat ausdrücklich begrüsst, sagt der Wädenswiler Stadtrat und Vizepräsident Jonas Erni (SP): «Tempo 30 bedeutet mehr Sicherheit, weniger Lärm und Schadstoffe und somit mehr Lebensqualität für die ganze Bevölkerung und eine Aufwertung des Stadtzentrums, wovon auch das lokale Gewerbe profitiert.» Gemäss Stadtrat sind für die tieferen Höchstgeschwindigkeiten vom Kanton lediglich neue Signalisationen und Markierungen, aber keine baulichen Massnahmen vorgesehen. Die Mittellinien



Soll dank Tempo 30 weniger lärmig und sicherer werden: die vielbefahrene Zugerstrasse im Herzen von Wädenswil. (Bild: Arthur Schäppi)

sollen aufgehoben werden, die Fussgängerstreifen aber bestehen bleiben. «Kommunale Strassen sol-

«Tempo 30 bedeutet mehr Sicherheit, weniger Lärm und Schadstoffe und somit mehr Lebensqualität für die ganze Bevölkerung und eine Aufwertung des Stadtzentrums, wovon auch das lokale Gewerbe profitiert.»

Jonas Erni (SP), Stadtrat und Vizepräsident von Wädenswil

len dabei nicht als Ausweichrouten dienen, weshalb wir auch Temporeduktionen auf Gemeindestrassen prüfen», betont Erni.

Geänderte Rechtsprechung

Nach Auskunft von Thomas Maag, Sprecher der kantonalen Baudirektion, werden mit den tieferen Tempolimiten primär die Anwohner besser vor Lärmimmissionen geschützt. Gleichzeitig werde die Sicherheit von Velofahrern und Fussgängern verbessert. Öffentlich aufgelegt wird das Projekt gemäss Maag im ersten Quartal 2024. Werden dagegen keine Rechtsmittel ergriffen, könnte es in der zweiten Hälfte 2024 umgesetzt werden. Die Massnahmen basierten auf einem Lärmsanierungsprojekt für Wädenswil und namentlich auf den Vorgaben der Lärmschutzverordnung (LSV), welche auch vorschreibe, dass der Strassenlärm primär an der Quelle zu bekämpfen sei, erklärt Maag. Den Schwenker des Kantons in der Kontroverse um die Tempolimite auf der Zugerstrasse begründet er mit einer geänderten Rechtsprechung bezüglich der Umsetzung der Lärmschutzverordnung. Demnach würde heute eben «eine stark befahrene Strasse anders beurteilt» als in der Vergangenheit. Ohnehin gehe es dabei immer auch «um eine Interessenabwägung, die von Fall zu Fall mit Lärm- und Verkehrsgutachten angeschaut werden muss», gibt Maag zu bedenken.

Wer ruft mit Abstand am lautesten in den Wind?

Der Verein Freie Landschaft Zürich macht viel Wind gegen die Windenergie – und spart nicht mit harschen Worten an die Adresse von Baudirektor Martin Neukom. Doch was ist damit gewonnen, kommunale Mindestabstände für Windräder festzulegen, solange im kantonalen Richtplan noch nicht einmal die Eignungsgebiete für Windturbinen bezeichnet sind?

Nicole Soland

Am 5. Oktober verschickte der Verein Freie Landschaft Zürich eine Medienmitteilung mit dem Titel «Mindestabstandsinitiativen bereits in über 20 Gemeinden». Darin heisst es, der Widerstand der Bevölkerung «gegen die 52 geplanten Windparks im Kanton Zürich» werde immer grösser. Mehrere Gemeinden hätten gegenüber der kantonalen Baudirektion ablehnend Stellung genommen, und es gebe immer mehr Initiativen für einen «angemessenen Mindestabstand» von Windkraftanlagen zu Wohnhäusern. In Hagenbuch und in Wildberg sei über solche Initiativen schon abgestimmt worden und beide seien klar angenommen worden. Weiter heisst es in der Mitteilung, kantonsweit habe bisher nur der Gemeinderat von Bäretswil eine solche Initiative für ungültig erklärt, wogegen die Initianten Stimmrechtsrekurs erhoben hätten: «Die Entscheidung ist undemokratisch, der Gemeinderat macht sich zum Handlanger von Baudirektor Neukom, der den Gemeinden die Entscheidungsmöglichkeit über Windparks ganz entziehen will, um seine überzogenen Windenergie-Ausbaupläne von oben her diktieren zu können.»

Diese Medienmitteilung gibt Rätsel auf: Wenn 52 Windparks geplant sind, warum hat die Öffentlichkeit noch nicht erfahren, wo genau diese Windparks hinkommen, wieviele Windturbinen pro Standort geplant sind und welche Firmen diese Windparks zu bauen gedenken? Und warum heisst es, Baudirektor Neukom wolle den Gemeinden die Entscheidungsmöglichkeit über Windparks ganz entziehen? Wenn solche Parks wirklich schon geplant sind, ist es dafür höchstwahrscheinlich bereits zu spät.

Eignungsgebiete definieren

Ein Blick auf die Webseite der Baudirektion des Kantons Zürich zeigt denn auch ein etwas anderes Bild. Hier ist nachzulesen, dass der Kanton Zürich erst den Eintrag von Eignungsgebieten vorbereitet: «Ausgangspunkt dafür ist der Auftrag des Bundes an die Kantone, Eignungsgebiete für die Windenergienutzung in den kantonalen Richtplänen zu bezeichnen.» In einem ersten Schritt habe der Kanton Zürich eine Modellierung der Windverhältnisse auf 100 Metern über Grund

vorgenommen und diese mit Ausschlusskriterien abgeglichen wie etwa ungenügendem Windpotenzial, der Nähe zu bewohnten Gebäuden, dem Flugverkehr, schützenswerter Fauna und Flora, dem Landschafts- und Kulturgüterschutz und so weiter: «Resultat ist eine Karte mit Potenzialgebieten, in denen es möglich sein und es sich lohnen könnte, Windenergie zu nutzen.»

Die Eignung dieser Potenzialgebiete überprüfe die Baudirektion im Moment detailliert in Zusammenarbeit mit den möglichen Standortgemeinden, den Natur- und Landschaftsschutzverbänden sowie der Windenergiebranche, heisst es weiter. Auf dieser Basis nehme sie eine Interessenabwägung vor und definiere die effektiven Eig-

Ausgangspunkt ist der Auftrag des Bundes an die Kantone, Eignungsgebiete für die Windenergienutzung in den kantonalen Richtplänen zu bezeichnen.

nungsgebiete für den Richtplan. Für diese führt sie sodann eine Anhörung im Rahmen einer öffentlichen Auflage durch: «Anschliessend beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, Eignungsgebiete in den kantonalen Richtplan einzutragen. Sollte ein Energieversorgungsunternehmen später in einem dieser Eignungsgebiete eine Windenergieanlage bauen wollen, so ist ein Planungs- und Bewilligungsverfahren nötig, bei dem die entsprechenden Rechtsmittel ergriffen werden können.» Die Baudirektion prüfe aber auch die Möglichkeit, das Planungs- und Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen durch eine Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG) zu beschleunigen. Diese Informationen entsprechen dem, was Baudirektor Martin Neukom vor ziemlich genau einem Jahr, am 7. Oktober 2022, an einer Medienorientierung über die Windenergie-

planung im Kanton Zürich präsentierte (siehe P.S. vom 14. Oktober 2022). Das Ziel laute, bis 2030 erste Anlagen zu realisieren, sagte der Baudirektor damals.

Was die Gegner:innen der Windenergie am gesetzeskonformen Vorgehen der Baudirektion stört, ist, dass das Richtplanverfahren nicht referendumsfähig ist und dass man in Gemeinden, auf deren Boden ein solches Gebiet eingetragen wird, darüber nicht abstimmen können soll. Das ist allerdings kein neues Phänomen: Auch über den Verlauf von Kantonsstrassen durch Gemeindegebiet oder über Standorte für Kiesgruben oder Deponien gibt es keine Gemeindeabstimmungen. Martin Neukom gab an der Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022 in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die Unternehmen, die dereinst Windenergieanlagen bauen wollten, erstens immer noch eine Baubewilligung brauchten. Zweitens sei es in Kantonen, in denen die Gemeinden über Windenergieanlagen abstimmen könnten, oft so, dass «die Falschen» abstimmen: Dann zum Beispiel, wenn ein Windrad ausserhalb des Dorfes an den Rand des Gemeindegebiets zu stehen kommt und damit unter Umständen grössere Auswirkungen auf die Bewohner:innen der Nachbargemeinde hat – die aber nicht darüber abstimmen können.

Demokratie und Lärmschutz

Von «geplanten Windparks» kann demnach noch keine Rede sein: Was hat es also mit den geplanten und den bereits erfolgten Abstimmungen über Mindestabstände in diversen Gemeinden auf sich? Worüber genau kann im Zusammenhang mit dem Bau von Windturbinen, für die noch nicht einmal Eignungsgebiete im Richtplan ausgeschieden sind – geschweige denn ein Unternehmen parat steht, das diese Windräder gerne aufstellen möchte –, an Gemeindeversammlungen abgestimmt werden? Die ehrliche Antwort müsste wohl lauten: über gar nichts. Warum ist das so? Weil in unserer direkten Demokratie die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden je spezifische Aufgaben und somit auch unterschiedliche Entscheidungsbefugnisse haben.

In der Schweiz gibt es bislang für den Abstand zwischen Windenergieanlagen und bewohnten Gebäuden lediglich eine Regelung auf Bundesebene, und zwar in der Lärmschutzverordnung. In seiner Antwort auf eine Motion von SVP-Nationalrat Thomas De Courten (BL) von 2017 schreibt der Bundesrat: «Die massgebliche Beurteilungsgrundlage für den Abstand von Windenergieanlagen zu Siedlungsgebieten in der Schweiz ist Anhang 6 der Lärmschutzverordnung vom 15. Dezember 1986 (LSV; SR 814.41, Belastungsgrenzwerte für Industrie- und Gewerbelärm).» Und weiter: «Die Einhaltung der dort festgelegten Grenzwerte für hörbaren Schall wird im Rahmen der für Windpärke obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) überprüft. Die Grenzwerte sind derart definiert, dass bei Einhaltung der Planungswerte die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung geschützt ist.» In der Praxis müsse der Projektant einer Windenergieanlage zudem ein detailliertes Lärmgutachten vorlegen, das von der kantonalen Fachstelle für Lärmschutz geprüft werde.

Was bedeutet das nun konkret? Ein Gemeindegebiet kann relativ viel Land um das eigentliche Dorf und allfällige Kleinsiedlungen oder aussenliegende Ortsteile herum umfassen. Die Bau- und Zonenordnungen (BZO) der Gemeinden beziehen sich jedoch, wie es der Name schon sagt, nur auf das Gebiet, in dem effektiv gebaut werden kann und wo es deshalb nötig ist, festzulegen, wo, was und wie hoch gebaut werden darf. Wolfgang Bollack, Mediensprecher der Baudirektion, erklärt dazu auf Anfrage: «Anfang Juli haben wir die Zürcher Gemeinden informiert, dass kommunale Vorschriften in ihren Bau- und Zonenordnungen, die Abstände zwischen Windkraftanlagen ausserhalb von Bauzonen und dem Siedlungsgebiet definieren, nicht genehmigt werden können. Dies, weil gemäss Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich (PBG) keine kommunale Kompetenz für zonenübergreifende Abstandsvorschriften sowie für Abstandsvorschriften ausserhalb der Bauzonen besteht.» Zudem würde ein generell vorgeschriebener fixer Mindestabstand eine vorgezogene Interessenabwägung auf kommunaler Stufe bedeuten, fügt Wolfgang Bollack an: «Das ist nicht zulässig und würde eine Abwägung im Einzelfall verhindern.»

«Die schlimmsten Exzesse verhindern»

Das schreckt die Verfasser:innen solcher Anti-Windräder-Initiativen allerdings nicht ab, und auch dass der Anstoss dazu meist von der SVP kommt, scheint kein Zufall zu sein: Auf der Webseite der SVP des Kantons Zürich findet sich ein Artikel vom vergangenen 29. Juni mit dem Titel «Windkraft-Exzesse verhindern». Dort heisst es: «Als gute Demokraten müssen wir die verlorene Volksabstimmung zum Stromfresser-Gesetz akzeptieren. Es gilt jedoch, die schlimmsten Exzesse zu verhindern, was Widerstand gegen riesige Windkraftträder bedeutet.» Nach dem Hinweis auf die bereits eingereichten Initiativen, beispielsweise in Hagenbuch durch SVP-Nationalrätin Therese

Schlöpfer oder in Küsnacht, wo Kantonsrätin und Nationalratskandidatin Nina Fehr Düsel zusammen mit dem örtlichen Vorstand der SVP aktiv wurde, lautet ein Zwischentitel: «Wer möchte sich anschliessen?» Die Anti-Windkraft-Kampagne dient demnach (auch) als Wahlkampfvehikel der SVP.

Im selben Artikel findet sich übrigens ein interessanter Vergleich: «In Bezug auf Covid befand die SVP sich bis Anfang letzten Jahres in einer ähnlichen Situation wie heute beim Klimaschutz. Wir hatten vor anderen erkannt, dass die Covid-Massnahmen teilweise notwendig, aber häufig übertrieben oder unwirksam waren. Schlagartig haben Anfang 2022 jedoch alle anderen Parteien in Bezug auf Covid unseren Standpunkt übernommen. (...) Dabei haben wir bis heute keine einzige Covid-Volksabstimmung gewonnen. Margaret Thatcher stellte einst fest, dass die grössten politischen Siege dann erreicht werden, wenn der politische Gegner den eigenen Willen übernimmt und verinnerlicht.»

Bern ist nicht Zürich

In der kommunalen Volksinitiative der SVP Wetzikon heisst es, einige Kantone und Gemeinden hätten selbst Mindestabstände von Windrädern eingeführt, was vom Bundesgericht als rechtens bezeichnet worden sei. Wolfgang Bollack führt dazu aus, ein im Zusammenhang mit solchen Initiativen oft erwähnter Entscheid des Bundesgerichts (BGer 1C_149/2021 vom 25. August 2022) betreffe eine Gemeinde im Kanton Bern: «Im Unterschied zum Kanton Zürich dürfen Gemeinden im Kanton Bern Abstandsvorschriften für das Nichtbaugelände sowie Abstände zwischen Zonengrenzen, mithin auch zwischen Siedlungs- und Nichtsiedlungsgebiet erlassen.»

«Ein generell vorgeschriebener fixer Mindestabstand würde eine vorgezogene Interessenabwägung auf kommunaler Stufe bedeuten. Das ist nicht zulässig.»

Wolfgang Bollack,
Mediensprecher der Baudirektion

Was bedeutet das nun im Hinblick auf die Initiativen? Hat die SVP die Menschen mit falschen Versprechen an Gemeindeversammlungen gelockt, und stimmen sie dort Initiativen zu, die von vornherein ungültig sind? Wolfgang Bollack präzisiert: «In Absprache mit dem zuständigen Gemeindeamt Kanton Zürich weisen wir hinsichtlich Gültigkeit darauf hin, dass diese Entscheidung dem Gemeinderat zusteht. Ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Planungsinitiative sich mit



Bis im Kanton Zürich Windparks wie hier auf dem Mont Crosin im Berner Jura entstehen können, dürfte es noch eine ganze Weile dauern. (Bild: Patrick Gutenberg/Ex-press)

dem übergeordneten Recht in keiner Weise vereinbaren lässt, hat er sie als ungültig zu erklären.» Planungsinstrumente stünden allerdings stets unter dem Vorbehalt, dass bei ihrer Umsetzung inhaltliche Abstriche gemacht werden müssten oder die Umsetzung nicht möglich sei, fügt er an: «Gemäss Rechtsprechung können auch nicht alle Fragen der Rechtmässigkeit einer Planungsinstrumente vorweg entschieden werden.» Aber eines ist und bleibt klar, siehe oben: Die Gemeinden im Kanton Zürich haben nicht die Kompetenz, zonenübergreifende Abstandsvorschriften sowie solche ausserhalb der Bauzonen in die BZO zu schreiben. Tun sie es aufgrund einer für gültig erklärten und angenommenen kommunalen Initiative trotzdem, muss die Baudirektion den Rotstift ansetzen.

Ob es der SVP gelingt, die Mehrheit, die am 18. Juni Ja stimmte zum Klima- und Innovationsgesetz, in eine Minderheit zu verwandeln? Und zwar, indem sie die Windkraft verteufelt und den Leuten Angst macht, sie würden bei nächster Gelegenheit von einem Eisbrocken erschlagen, der ihnen vom Flügel einer Windturbine herab auf den Kopf falle? Die Zukunft wird es weisen. Die Hoffnung, dass sich die erregten Gemüter nach dem 22. Oktober wieder etwas beruhigen, stirbt zuletzt.

«Eine altersgerechte Wohnung ist die vierte Säule der Altersvorsorge»

Der Zürcher Architekt und Gerontologe Felix Bohn* ist spezialisiert auf Wohnen im Alter. Eine Wohnung, die nicht altersgerecht geplant wurde, sei für ihn nicht lebensgerecht, sagt er im Gespräch mit Angela Bernetta

Felix Bohn, wie und wo möchten Sie im Alter wohnen?

Ich möchte im Alter so selbstbestimmt und unabhängig wie möglich wohnen. Am liebsten da, wo ich dann zu Hause bin. Wenn nötig mit Unterstützung von aussen. Bei grösserer Pflegebedürftigkeit kann das aber auch eine betreute Wohnung sein. Oder ein Pflegezentrum, wo ich würdevoll umsorgt werde und, wenn auch nicht meine Selbstständigkeit, so doch meine Selbststimmtheit bis zum Tod behalten kann.

Welche Wohnform bevorzugen Menschen im Alter im Allgemeinen?

Die meisten möchten wohl am angestammten Ort bleiben und hoffen, dass sie sich bei Schwierigkeiten irgendwie arrangieren können. Die Wohnmobilität älterer Menschen hat in den letzten Jahrzehnten zwar zugenommen. Gleichwohl machen sich viele erst sehr spät Gedanken über das Leben und damit auch das Wohnen im hohen Alter.

Ab wann sollte man sich Gedanken über das Wohnen im Alter machen?

Beim Bau, Kauf oder Umbau eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung sollte das schon früh ein Thema sein. Da sollte weit vorausschauend geplant werden, nicht nur was die finanzielle Belastung angeht. Viele bauliche Massnahmen, die das Leben im Alter erleichtern oder sicherer machen, bieten bereits in jüngeren Jahren mehr Komfort. Beispiele dafür sind eine grosszügige, flache Dusche oder ein hindernisfreier Zugang zum Haus und zur Wohnung. Was «kinderwagengerecht» ist, ist auch «rollstuhlgerecht» und überdies praktisch. Aus meiner Sicht ist eine altersgerechte Wohnung die vierte Säule der Altersvorsorge. Und genau wie bei der finanziellen Vorsorge sollte man auch hier nicht erst mit 60 mit der Planung beginnen.

Wie geht man bei der Planung angemessen vor?

Oft kann, darf oder will jemand im Alter nicht mehr Auto fahren. Die Nähe zum öffentlichen Verkehr und zu Geschäften mit Artikeln des täglichen Bedarfs ist deshalb ein wichtiges Kriterium. Daneben spielen individuelle Faktoren eine Rolle wie die Verwurzelung im Quartier, die Nähe von

wichtigen Menschen und die finanziellen Ressourcen. Wer finanziell gut abgesichert ist, kann bauliche Anpassungen am Eigenheim vornehmen, die das Wohnen im Alter erleichtern. Wer das nicht will oder kann, sich aber rechtzeitig um eine altersgerechte Wohnform kümmert, muss nicht unter Zeitdruck suchen. Zusätzlich lebt man sich in jüngeren Jahren und noch mobil einfacher in eine neue Gemeinschaft und Umgebung ein als nach einem späten, vielleicht sogar unfreiwilligen Umzug bei eingeschränkter Mobilität.

Was versteht man unter einem altersgerechten Ausbau?

Beim Kauf einer Eigentumswohnung sollte man vorsichtig sein. Oft werden Neubauwohnungen ab Plan verkauft. Da wird leider manchmal einiges versprochen, was am Schluss nicht oder nicht wie erwartet umgesetzt wird. Entscheidende Details sollten deshalb zwingend schriftlich vor dem Kauf vereinbart werden. Unter einem «altersgerechten Ausbau» kann man vieles verstehen. Ein Aufzug etwa nützt bei einer starken Gehbehinderung wenig, wenn er von aussen nur über Stufen erreichbar ist. Es müsste also ein hindernisfreier Zugang zur Wohnung vereinbart werden und nicht nur das Vorhandensein eines Lifts. Auch geht gerne vergessen, dass ausserhalb der eigenen Wohnung bei baulichen Veränderungen das Einverständnis der Hausmitigentümer:innen nötig

«Oft kann, darf oder will jemand im Alter nicht mehr Auto fahren. Die Nähe zum öffentlichen Verkehr und zu Geschäften mit Artikeln des täglichen Bedarfs ist deshalb ein wichtiges Kriterium.»

ist. Wenn man mangels Aufzugs einen Treppenlift im Treppenhaus einbauen könnte, heisst das nicht,

dass diese dem zustimmen. Es kann sinnvoll sein, beim Erwerb einer Eigentumswohnung eine erfahrene Fachperson beizuziehen.

Die Bevölkerung wird immer älter. Nimmt der Druck zu, altersgerechte Wohnungen in Überbauungen und Wohnhäusern oder generationendurchmischte Siedlungen zu realisieren, die keine spezifischen Alterswohnprojekte sind?

Das Alter ist eine Lebensphase und keine Krankheit. Eine Wohnung, die nicht altersgerecht

«Das Alter ist eine Lebensphase und keine Krankheit. Eine Wohnung, die nicht altersgerecht geplant wurde, ist nicht lebensgerecht.»

geplant wurde, ist nicht lebensgerecht. Nun werden aber viele Wohnungen als Alterswohnungen angepriesen, die nicht durchgängig altersgerecht sind. Beispiele dafür sind ein Hauszugang, der mit einem Rollator kaum befahren werden kann, schwer gehende Haustüren mit Türschliesser, Schwellen oder sogar Stufen auf Balkonen, ein Kochfeld mit Touch-Feldern, das sehbehinderte ältere Menschen nicht bedienen können, Treppenhäuser mit nur einem Handlauf und greller Beleuchtung oder ein behindertengerechter Lift, der nur über eine Aussentreppe ins Hochparterre oder über die Tiefgarage hindernisfrei erreichbar ist. In der Praxis entsprechen leider auch viele Neubauten kaum den minimalen rechtlichen Vorgaben. Wie gesagt sollten altersgerechte Wohnungen und generationendurchmischte Siedlungen aber die Norm sein und keine Ausnahme. Einen rechtlichen Druck gibt es dafür nicht wirklich. Die verbindlichen Normen sind dafür zu schwach. Der Druck muss deshalb aus den Städten und Gemeinden selbst kommen, sei es aus der Verwaltung über das kommunale Baugesetz oder aus der Bevölkerung.



Für Felix Bohn ist eine altersgerechte Wohnung die vierte Säule der Altersvorsorge. (Bild: zVg)

In vielen Städten und Gemeinden werden Altersleitbilder erstellt, die das Wohnen im Alter einschliessen. Inwieweit sind diese zielführend oder braucht es da noch zusätzliche Anstrengungen und falls ja, welche?

Ein gutes Altersleitbild ist enorm wichtig, da Wohnen im Alter nicht am Gartentor aufhört. Es braucht einen altersfreundlichen Strassenraum, hindernisfrei zugängliche Ämter, niederschwellige Sozialberatung, Treffpunkte und vieles mehr. Die Hindernisfreiheit schafft die bauliche Grundlage, dass ältere Menschen länger und sicherer in der gewohnten Umgebung bleiben können. Für ihr Wohlbefinden und gegen die Vereinsamung brauchen ältere Menschen aber ein Netzwerk an Dienstleistungen und Angeboten. Ältere Menschen müssen, genauso wie Kinder, immer mitgedacht werden. Bauen für alte Menschen heisst bauen für alle Menschen, ob im öffentlichen Raum oder im privaten Wohnungsbau. Wünschenswert wäre, dass die Städte und Gemeinden hier ihre Einflussmöglichkeiten ausschöpfen, aber auch der Hauseigentümerverband mehr gesellschaftliche Verantwortung übernehme. Solange mit Eigenverantwortung eigentlich Eigennutz gemeint ist, kann auch das beste Altersleitbild das Ziel nicht erreichen. Mit direkten Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gesundheitskosten.

Nicht alle können sich eine «altersgerechte Wohnung» leisten. Welche Möglichkeiten haben Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln?

Auch in einer Wohnung, die nicht hindernisfrei gebaut ist, kann viel gemacht werden, um die

eigene Sicherheit und Selbstständigkeit zu optimieren. Handläufe beidseits von Treppen, Haltegriffe neben WC und in der Dusche oder der Badewanne, eine verbesserte Beleuchtung und das Entfernen oder Fixieren von Teppichen sind kleine Massnahmen mit grosser Wirkung. Sehr wirksam wären auch bauliche Anpassungen der Wohnungen. Zum Beispiel der Einbau einer Dusche an Stelle einer Badewanne. Leider gibt es hier zwei Hindernisse. Gemäss Artikel 260a im Obligationenrecht kann der/die Mieter:in «Erneuerungen und Änderungen an der Sache nur vornehmen, wenn der Vermieter schriftlich zugestimmt hat». Fakt ist, dass Hauseigentümer:innen hier meist nicht Hand bieten. Auch haben wir in

«Bauen für alte Menschen heisst bauen für alle Menschen, ob im öffentlichen Raum oder im privaten Wohnungsbau.»

der Schweiz ein altersfeindliches Versicherungssystem. Während die Invalidenversicherung noch bei 60-jährigen Menschen bauliche Massnahmen im und ums Haus finanziert, wenn diese zu einer Verbesserung der Selbstständigkeit führen und/oder die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen, gibt es nach der Pensionierung keine solchen Versicherungsleistungen mehr. Jeder Haltegriff muss selbst bezahlt werden. Nur

wer Anspruch auf Ergänzungsleistungen hat, kann etwa über Stiftungen finanzielle Unterstützung erhalten. Einzelne Gemeinden und Wohnbaugenossenschaften bieten günstige Alterswohnungen an. Die Wartelisten sind aber oft lang, was zusätzlich dafür spricht, sich frühzeitig mit dem Wohnen im Alter zu beschäftigen.

Wie und wo informiere ich mich über die verschiedenen Möglichkeiten des Wohnens im Alter und/oder über altersgerechte Anpassungen im eigenen Haus?

Das hängt stark vom Wohnort ab. Das gemeindeeigene Bauamt weiss, wo in letzter Zeit Wohnungen gebaut wurden oder in Kürze gebaut werden. Bei Neubauwohnungen ist die Chance grösser, dass sie hindernisfrei zugänglich sind. Oft kann auch das Sozialamt über spezielle Wohnmodelle in der näheren Umgebung Auskunft geben. Obwohl Anpassungen in der Regel die günstigste und schnellste Art sind, die Sicherheit und Selbstständigkeit zu optimieren, gibt es leider kein etabliertes Netzwerk von Fachleuten für Wohnungsanpassungen. Im Kanton Zürich kann man die kantonale Beratungsstelle für hindernisfreies Bauen, BKZ – www.bkz.ch –, für eine fachliche Beratung anfragen.

* Felix Bohn ist dipl. Architekt ETH, dipl. Ergotherapeut HF, Gerontologe INAG, zert. Lichtdesigner SLG und Akustiker FHNW. Als selbstständiger Fachberater für alters- und demenzgerechtes Bauen unterstützt er Gemeinden, private und institutionelle Bauherrschaften, Spitäler und Pflegezentren. Weitere Informationen finden sich via www.wohnenimalter.ch.

Allerlei an- und abwesende Stimmen

Samstag, 14. Oktober

8.30 SWR: **«Integration durch Radio?»** Esther Saoub über die Gastarbeiterprogramme der ARD. Wer vor 60 Jahren als sogenannter Gastarbeiter nach Deutschland kam, war von der alten Heimat abgeschnitten, ohne in der neuen anzukommen. Italienisch, griechisch oder türkisch moderierte Magazine der öffentlich-rechtlichen Sender sollten für sie eine Brücke schaffen und ein grosser Teil der Zielgruppe hörte so Nachrichten von Zuhause, Informationen über Deutschland und Musik gegen das Heimweh. Hat sie das integriert oder eher isoliert?

9.00 DLF: **«Wenn das Einkommen nicht für München reicht.»** Tobias Krone begleitete Pendler:innen, die sich das Wohnen in der bayerischen Landeshauptstadt nicht mehr leisten können.

11.00 DLF: **«Züri kokst.»** Eine Stadt auf Drogen. Wiederholung der 2022 von Markus Dichmann für die Gesichter Europas produzierten Reportage. Parallel dazu bei SRF 2 die **«Musik für einen Gast»** mit Barbara Traber, Schriftstellerin und Lektorin.

17.00 SWR: **«Zeitgenossinnen.»** Mina Saidze, angekündigt als **«Tech Evangelist»** sowie Diversity-Aktivistin. Nicht nur Nerds sollen etwas von Künstlicher Intelligenz verstehen: **«Ich bilde eine Brücke zwischen Menschen und Tech.»**

19.00 SWR: **«Atme!»** Hörspiel nach dem Kriminalroman von Judith Merchant.

20.00 SRF 2: **«Ein Geschäft mit Träumen.»** Hörspiel von Ingeborg Bachmann. Produziert 1977. Laureenz beginnt Träume zu kaufen. Sie lassen ihn Wünsche und Nöte, Ängste und Hoffnungen des Alltags kompensieren... Parallel beim DLF die Radiofassung des Kriminalromans von Cara Hunter: **«Sie finden dich nie.»** Daisy, die neunjährige Tochter der Masons, ist nach einer Kostüm- und Grill-Party auf dem Grundstück der Eltern unauffindbar. Alles, was bleibt, ist ein verwackeltes Video des Mädchens im Gänseblümchen-Kleid.

21.00 SRF 2: **«Das Leben hat nur eine schlechte Sprache.»** Musikalische Hommage an Ingeborg Bachmann – mit ihrer Stimme, Interviewausschnitten sowie Musik von Hans Werner, Luigi Nono und Adriana Hölszky. Zum 50. Todestag als **«Archivperle»** aus dem Jahre 1996 präsentiert. Siehe auch Tipps für heute 20 Uhr und Sonntag, 14 sowie 23 Uhr!

23.00 SWR: **«Gedanken über Film.»** Hörspiel von Max Ophüls. Kann die Ware Film auch Kunst sein? Hier ein Versuch, den Streit um das **«Wahre, Schöne, Gute»** im Film in der Form eines öffentlich finanzierten Hörspiels auszufechten. 1956 produziert! Kurz nach Mitternacht wird hier ein weiterer Hörspiel-Klassiker aus der ARD-Audiothek präsentiert: **«Der Räuber Hotzenplotz.»** Kinderhörspiel von Otfried Preussler. Anlass ist der 100. Geburtstag des Autors. Parallel dazu bringt der DLF die Wiederholung einer von Peter Mayer und Claudia Mützelfeldt gestalteten Langen Nacht über deutsche Unterhaltungskünstler im Pariser Exil: **«Beim Erbfeind**

auf der Bühne.» So trug etwa eine deutsche Chansonsängerin die Ballade vom Sourabaya-Johnny von Bert Brecht vor.



Marianne Oswald hiess die unbekannte Künstlerin, die sich schon Anfang der Dreissigerjahre aus Berlin abgesetzt und Zuflucht in Paris gefunden hatte. Anders als die meisten, welche danach kamen, gelang ihr dort sogar eine Karriere.

Sonntag, 15. Oktober

8.30 SWR: **«Die Chancen der Geothermie.»** Science Talk mit Valentin Goldberg vom Karlsruher Institut für Technologie. Und bei SRF 2 in den Perspektiven: **«Ein Tag in Rom.»** Judith Wipfler begleitete Helena Jeppesen-Spühler, stimmberechtigte Delegierte an der Weltbischofssynode.

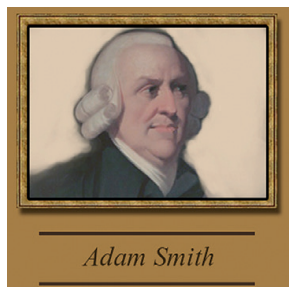
9.30 DLF: **«An- und Abwesende.»** Stimmen im Raum. Stephan Krass zum Schwerpunkt 100 Jahre Radio. **«Radio macht sein Personal unsichtbar. Wer Spass an paradoxen Formulierungen hat, könnte sagen: Das Radio versammelt lauter Abwesende in einem imaginären Raum.»**

11.00 SRF 2: **«Zwei mit Buch.»** Gianna Molinari: Hinter der Hecke die Welt. In der Arktis schmilzt das Eis; im abgelegenen Dorf wächst nur noch die Hecke drumherum.

12.40 SRF 2: **«Musik für einen Gast.»** Heute mit Alain Kupper, Künstler und Galerist.

14.00 SWR: **«Die Verbrennung.»** Berichte, Erinnerungen, Mutmassungen zum Tod von Ingeborg Bachmann in Rom. Feature von Susanne Ayoub.

15.00 SRF 2: **«Kapitalist mit sozialer Ader.»** Adam Smith – eine Neubewertung. Ein Feature von Günter Kaindlstorfer. Er gilt als Vordenker eines (Neo-)Liberalismus, der den Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen möglichst gering-



halten will. Doch für den schottischen Aufklärer war der Mensch ein geselliges sowie zur Empathie fähiges Wesen, und der Markt keineswegs die alleinigmachende, alles regelnde Instanz.

16.30 DLF: **«Gain of Function.»** Oder: Die nächste Pandemie als Gedankenexperiment. Arndt Reuning in der Reihe Forschung aktuell.

18.20 SWR: **«Manche Frauen.»** Hörspiel nach der Erzählung von Alice Munro. **«Es verwundert mich manchmal, wie alt ich bin.»**

20.00 DLF: **«Ins Netz gegangen.»** Von Verstrickungen und Freiheiten. Feature von Bettina Mittelstrass.

23.00 SWR: **«Das Verhör der Ingeborg Bachmann.»** Radioessay von Barbara Kaufmann. Fernsehen der späten 50er-Jahre, schwarz-weiss, das Bild flimmert. Ingeborg Bachmann sitzt an ihrem Arbeitsplatz, blinzelt in die Kamera. Ist sie schüchtern? Erschöpft? Hinter der Kamera spricht ein Literaturkritiker. Man hört ihn nur, und seine Fragen sind Kommentare. Bewertungen. Belehrungen. Sie zeigen den Umgang mit Künstlerinnen. Doch im Bild ist eine Autorin, die widerständig ist.

Montag, 16. Oktober

8.30 SWR: **«Tiefseekabel im Visier.»** Marten Hahn zur Verwundbarkeit unserer Daten- und Energienetze.

14.00 SRF 1: **«Mister Durchschnitt»** von Judy Budnitz. Satirisches über den Mainstream vor zwanzig Jahren.

15.00 SWR: **«Königreich Deutschland.»** Ernst-Ludwig von Aster über Peter Fitzke und die Reichsbürgerszene.

Dienstag, 17. Oktober

9.00 DLF: **«Kalenderblatt.»** Vor 50 Jahren starb die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann.

15.00 SWR: **«Kleine Freiheiten im Gefängnis.»** Vera Pache über Theater hinter Gittern.

19.15 DLF: **«Die Verleugneten.»** Im KZ mit dem grünen und schwarzen Winkel. Feature von Alexa Hennings. Thema ist das Schicksal der Menschen, welche die Nationalsozialisten als **«Asoziale»** und **«Berufsvorbereiter»** taxierten.

20.00 DLF: **«Geborgensein im Suchen.»** Die Dichterin Ilse Helbich. Janko Hanushevsky besuchte sie kurz vor ihrem 100. Geburtstag in Wien und begegnete **«einer Frau, die immer noch unterwegs ist ins Unbekannte»** und **«sich schonungslos den groaaen Fragen des Lebens stellt»**.

21.00 SWR: **«In Arbeit verbunden.»** Nina Polaschegg über kollektive Prozesse in der zeitgenössischen Musik. Und bei SRF 2 in der Jazz Collection: **«Godmother of Rock and Roll.»** Sister Rosetta Tharpe.

22.00 DLF: **«Orchester der ersten (Funk-) Stunde.»** Elisabeth Hahn blickt auf 100 Jahre Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin.

Mittwoch, 18. Oktober

8.30 SWR: **«Wenn Flüsse, Pflanzen und Tiere klagen könnten.»** Luca Sumfleth über Rechte der Natur.

9.00 DLF: **«Kalenderblatt.»** Vor 40 Jahren: Bundesregierung veröffentlicht Zahlen zum Waldsterben in Deutschland.

10.00 DLF: **«Agenda.»** Arbeit, Sprache und Freunde. Wie Integration von ukrainischen Kriegsflüchtlingen gelingen kann. Live aus Augsburg.

15.00 SWR: **«Von der Sinnkrise zum beruflichen Neuanfang.»** Stephanie Geissler über radikale Jobwechsel.

19.15 DLF: **«Umwelt oder Mitwelt.»** Braucht es einen neuen Umgang mit der Natur? Zur Diskussion.

20.00 SRF 1: **«Ich bin ja keiner, der sich an die grosse Glocke hängt.»** Horst Evers erzählt.

Und bei SRF 2: **«Eine schillernde Farbe der Kultur.»** Harry Lachner würdigt musikalische Schwarzkünstler.

21.00 DLF: **«Hintergründig musikalisch.»** Elmar Krämer über die Hitanalysen des Dr. Pop. Parallel bei SRF 2: **«Nee nee.»** Georg Baselitz und die Neue Musik.

Donnerstag, 19. Oktober

8.30 SWR: **«Richtig übers Klima sprechen.»** Luca Sumfleth will motivieren statt alarmieren.

15.00 SWR: **«Neu im politischen Rampenlicht.»** Gudrun Fischer über kämpfende indigene Frauen aus dem Amazonas.

20.00 DLF: **«Triggerpunkte.»** Was steckt hinter aufgeheizten politischen Debatten?

22.00 DLF: **«Musikdramatisches Experimentierfeld.»** Die Funkoper der 1950er-Jahre.

Freitag, 20. Oktober

8.30 SWR: **«Wie russische Agenten die deutsche Friedensbewegung unterwanderten.»** Michael Hänel vergleicht Versuche aus den 1980er-Jahren mit heute.

10.00 DLF: **«Lebenszeit.»** Erfahrungen nach der Flucht. Migranten über ihr Leben in Deutschland.

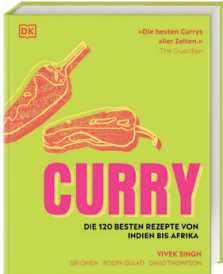
15.00 SWR: **«Projekt Zukunft.»** Philipp Lemmerich über Klimaaktivist:innen und den Kampf gegen die Ohnmacht. Sie wollen brechen mit einem Status Quo, der schon lange nichts Gutes mehr verheisst, kommen dabei häufig an ihre Grenzen. Aber was bleibt denn ausser der Hoffnung, dass der Wandel doch noch gelingt?

20.00 DLF: **«Zwiespalt und Zwiesprache.»** Die komplizierte Freundschaft zwischen einer Linksdenkenden und einer Querdenkerin. Feature von Manuel Gogos. Und bei SRF 2 geht es in der Passage um das Gastland der Frankfurter Buchmesse: **«Slowenien - Land der Lyrik.»** Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr!

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

Bücher der Woche

Die Currys dieser Welt



Seit Jahrtausenden lassen sich Inder:innen sowie indische Einwander:innen in ihren neuen Heimatländern von regionalen Zutaten inspirieren. Daraus entwickelte sich eine bunte Vielfalt an Currygerichten. Davon handelt das Kochbuch

«Curry» des britischen Starkochs und Autors Vivek Singh, das er vor vierzehn Jahren erstmals publiziert hatte. Es wurde überarbeitet, 2022 neu aufgelegt und enthält viele Rezepte der Erstausgabe, die von Indien, Südostasien bis Afrika reichen. Jedes Gericht bietet ein eigenes Geschmackerleben und keines ähnelt dem anderen, was dieses Kochbuch anschaulich zeigt. Unterteilt ist «Curry» in die Kapitel Vegetarisch, Fleisch, Fisch, Reis, Brot, Saucen und Chutneys. Hintergrundinformationen ergänzen die Kapitel genauso wie Angaben zu den Grundzutaten, die für die Zubereitung der indischen und internationalen Currys empfehlenswert sind. Wer Hähnchen-Curry, Kerala-Lamm oder ein aromatisches Kürbis-Curry kochen will, findet gut strukturierte und angemessen illustrierte sowie leicht verständliche Kochanleitungen. Wenngleich man einen gut bestückten Gewürzschrank haben, bisweilen «exotische Zutaten» besorgen und Zeit in die Zubereitung investieren muss, lohnt sich der Aufwand.

Angela Bernetta

Vivek Singh: **Curry**. Die 120 besten Rezepte von Indien bis Afrika. DK Verlag 2022, 368 Seiten, 38.90 Franken.

Essen verbindet

Obwohl Asma Kahns familiärer Hintergrund zahlreiche indische kulinarische Einflüsse vereint, konnte sie nicht kochen, als sie von Kalkutta nach England zu ihrem Mann zog. Heimweh bewog die promovierte Juristin, gemeinsam mit indischen Immigrant:innen Gerichte aus der Heimat zuzubereiten. Sie taten das so erfolgreich, dass 2017 das Restaurant «Darjeeling Express» in London eröffnet werden konnte, wo nach wie vor «nur» Immigrant:innen am Herd stehen. Asma Khan sagt dazu: «Im Lauf der Jahre habe ich entdeckt, dass Essen eine wunderbare, verbindende Kraft hat, die Immigrant:innen die Möglichkeit gibt, in einem neuen Land Wurzeln zu schlagen.»

Die Retro-Bilder in «Asma's indische Küche» täuschen nicht darüber hinweg, dass der Inhalt des Kochbuches modern ist. In den Kapiteln «Für zwei», «Für die Familie», «Mit Freunden» und «Festliche Mahlzeiten» sind Vegi-, Fleisch- und Fischgerichte genauso aufgeführt wie Vor- und Nachspeisen oder Kochanleitungen für Beilagen. Die Rezepte

sind weder aufwendig noch schwierig. Die Zutaten sind gut erhältlich. Auch schlägt Khan mit ausgewählten Texten zu Menschen und Kultur über ihre indischen Gerichte einen Bogen zur Geschichte des Landes und zum modernen Indien. (net.)

Asma Khan: **Asma's indische Küche**. Meine Familienrezepte aus dem Darjeeling Express. AT Verlag, 184 Seiten, 27.90 Franken.



Barocke Küche Zürichs

Anna Margaretha Kitt wurde 1652 in eine alleingesessene Zürcher Familie geboren. Obwohl die Ehe kinderlos blieb, hatte Gessner-Kitt als Vorsteherin eines wohlhabenden Haushaltes einiges zu tun. Drei Historiker:innen und eine Kochlehrerin gingen der Frage nach, was die Hausherrin



im barocken Zürich so alles kochte. Daraus entstanden ist ein Koch- und Lesebuch mit 42 Rezepten, die von Fleisch-, Fisch-, Gemüse- über Geflügelgerichte bis hin zu Eierspeisen und Kuchen reichen. Die Auswahl basiert auf einem Manuskript von Gessner-Kitt mit 470 Koch-

anleitungen, das in der Zürcher Zentralbibliothek aufliegt, und die Zubereitung von «Künnelinbaseten» oder «Jungfrauenschenkeln» beinhaltet. Die «Kittin» verfeinerte ihre Speisen mit Zitrusfrüchten und orientalischen Gewürzen, welche sich die arme Zürcher Bevölkerung damals nicht leisten konnte. Klassiker wie Hafermus oder die spanische Suppe fehlen in ihren Aufzeichnungen. Anstelle von Bildern finden sich über das Buch verteilt Drucke der handschriftlichen Originalrezepte sowie die Transkription derselben. Essays zur barocken Kochkultur runden das Buch ab, das vor allem Geschichtsinteressierte und Liebhaber:innen ansprechen dürfte. (net.)

Denise Schmid, Mira Imhof, Helene Arnet, Susanne Vögeli (Hg.): **Das Kochbuch der Kittin von 1699**. Hier + jetzt Verlag, 288 Seiten, 49 Franken.

Krimi der Woche



«Der Blausee-Skandal» ist ein typischer Krimi von Peter Beutler. Er mischt auch hier reale Skandale mit einer erfundenen Geschichte, wobei ein erfundener Ermittler alles in Gang setzt, was in der Realität unter den Teppich gekehrt wurde. Beim realen Skandal handelt es sich um zwei Vorgänge im Kander-

tal: Beim Blausee kam es 2020 zu einem riesigen Fischsterben. Die Besitzer des Blausees gingen den Ursache des Fischsterbens nach, und die von ihnen beauftragten Labors kamen zum Ergebnis, dass der Schotter aus der Renovierung des Lötschbergscheiteltunnels, der in einem Steinbruch illegal

zwischenlagert wurde, der Grund des Fischsterbens war. Die Behörden samt der BLS bemühten sich nur sehr sachte um eine Aufklärung, um es nett auszudrücken. Nicht nur für Peter Beutler und seinen Fahnder Nikolaus Stucki ist es sonnenklar, dass sie wussten, dass bei Einhaltung einer korrekten Entsorgung der Zeitplan und die Kosten auch für den Lötschbergbasistunnel niemals hätte eingehalten werden können. Im Thunersee kam es zudem während des Baus durch verdünnte Giftstoffe aus dem «Neathügel» zu Missbildungen an den Geschlechtsteilen der Felchen.

Verdacht, dass bewusst vertuscht wurde

Mitholz ist der Ort, der 1947 durch explodierende Armeemunition stark zerstört wurde und bei dem erst 2018 «entdeckt» wurde, dass weitere vier Millionen Tonnen Munition in den Kavernen über dem Dorf eingelagert sind. Was nun dazu führt, dass das Dorf während rund zehn Jahren

von den Bewohner:innen verlassen werden muss. Zumindest dass die restliche Munition erst so spät nach 1947 entdeckt wurde, ist keine Glatzleistung der verantwortlichen Militärs und einiges spricht für den Verdacht, dass hier bewusst vertuscht wurde.

Peter Beutler macht aus diesen Fakten, die er oft zitiert, nun eine Geschichte, bei der der heimische Polizist sich daran macht, diese Umweltsünden aufzudecken. Grundlage für seine Ermittlungen sind zwei Tote, die bei ihren Nachforschungen einen Unfall erlitten, der so nicht sein konnte. Zudem spielt der Mafioso Pius Estermann eine zentrale Rolle, der als Transportunternehmer den Dreck ins Meer schafft und mit dem etliche Unternehmen und Behörden zusammen arbeiten. Der Krimi ist im ersten Teil mit vielen Fakten etwas langfädig, wird aber im zweiten Teil deutlich spannender. kl.

Peter Beutler: **Der Blausee-Skandal**. emons Verlag 2023, 350 Seiten, 24.90 Franken.

Vorstellungsrunde

In allen Neueinstudierungen zum Auftakt der Direktionszeit von Cathy Marston am Ballett Zürich fallen die zahlreichen Duette und Trios auf, was ein Kennenlernen der neuen Tänzer:innen erleichtert.

Thierry Frochoux



Die Übersetzungsleistung für die neue Tanzsprache am Opernhaus ist noch zu erlernen. (Bild: Carlos Quezada)

Am augenfälligsten manifestiert sich im Dreierlei aus zuvor bereits im angelsächsischen Raum uraufgeführten Choreographien, das Cathy Marston als Erststreigen für ihre jetzt offizielle Visitenkarte auserkoren hat, dass sich für eine mitteleuropäisch geprägte Sehgewohnheit eine nicht unerhebliche Umgewöhnung abzeichnet. Am deutlichsten tritt dies in «Glass Pieces» von Jerome Robbins hervor. Der bonbonbunte Gymnaestrada-Parcours aus den 1980er-Jahren zelebriert eine derart ausgeprägte Feier der menschlichen Physis, dass aus hiesiger Warte automatisch eine historisch bedingte Irritation dazwischengrätscht. Solcherart hymnische Körperverehrung, nochmals zugespitzt durch eine Masseninszenierung, erinnert diesseits des Atlantiks sehr schnell an das Körper- und Menschenbild der prägenden totalitären Diktaturen des letzten Jahrhunderts. Die Erstaunen darüber, wie unverkrampft der US-amerikanische Blick darauf ausfällt, war in diesen Spalten schon vor Jahrzehnten nach einem Besuch des Alvin Ailey American Dance Theater im alten Stadthof 11 Thema.

Aber auch die Romantikvorstellung, wie sie Cathy Marston in «Snowblind» auf eine Bühne hievt, wirkt vielmehr distanziert und unterkühlt, denn überschwänglich emotional ausladend. Das

konterkariert eine aus Paris geerbte und stets fortentwickelte Ausdruckssprache schon frappant. Darüber bereits ins Grübeln geraten, fällt schnell auch ins Auge, wie stark patriarchal diese Geschichte geprägt ist. Und das bei einer Choreographie, die erst vor fünf und nicht vor 150 Jahren ihre Uraufführung erfuhr. Auch die literarische Sozialisation ist hier und dort eine andere. Dass Edith Wharton (1862–1937) die erste Trägerin eines Pulitzer-Preises für Literatur war und den ihr entsprechenden Platz im Kanon der US-Literatur verteidigt oder im Umkehrschluss Cathy Marston sie mit dieser Choreographie gerade dem Vergessenwerden entreissen wollte, ist mit tänzerischen Mitteln alleine nur indirekt vermittelbar. Die drei Solist:innen Charles-Louis Yoshiyama als Farmer, Dores André als seine gestrenge, kränkelnde Gattin und Shelby Williams als ihr vor Vitalität und Anmut sprühender Gegenpart scheinen sich in diesem von Tänzer:innen verkörperten Schneegestöber mühselig von Tableau vivant zu Tableau vivant zu angeln. Die damit vermittelte, auch emotional unermessliche Kargheit muss erst mal verdaut werden.

Das abstrakteste und zugleich intuitiv zugänglichste Werk dieses Abends ist das Ensemblewerk «Infra» von Wayne McGregor. Unter einem

Lichtband über das Personenschemen gehen, entwickeln sich im Gedränge der sich stets in Eile befindlichen Menschenmassen einer Millionenmetropole einzelne Situationsinseln. Wer hier unter die Räder käme, erfährt für einmal Aufmerksamkeit durch den Lichtkegel, was jetzt nicht zwingend Trost spendet, aber über mehrere Ecken gedacht auch als Ermahnung an eine soziale Verantwortung auch gegenüber Wildfremden gelesen werden kann. Was bei realem Erleben als verirrt, erschöpft in einem Aussenbezirk alle Viere von sich strecken wollend, sehr wohl wie eine göttliche Handreichung wirken kann.

Abgesehen von den zahlreichen (Fast-)Einzelauftritten der vielen neuen Personen im Ensemble, die zumindest schon einmal einen Ersteindruck möglich machen, führt dieses Dreierlei an Choreographien gerade auch durch die vorerst noch bestehende kulturelle Sperrigkeit respektive der noch zu erlernenden Übersetzungsleistung erfreulich deutlich vor Augen, dass ein Verständnis von Kunst als allein Erhabenes, dem Wohlgefühl zuträgliches Spektakel vermutlich auch nicht als der Weisheit letzter Schluss verstanden wird. Dass das zeitweilige Knirschen also durchaus einen Sinn verfolgt.

«Walkways», bis 2.2.24, Opernhaus, Zürich.

Gestelzt



(Bild: Philip Frowein)

Das selbstreferenzielle Schmachten nach Anerkennung in einer instagramtauglichen, also beneidenswerten Aufbereitung.

Sorgte sich die Knef noch um den «kleinen Mann» und dass auf der Illusionsmaschinerie der Glückseligkeit namens Karussell «keiner runterfällt», demonstriert Jan Koslowski anhand einer der Literatur frei entlehnten Kunstfigur, dass die Tatsache der Endlichkeit eines Eifers mit der Erkenntnis der Unfassbarkeit eines Trugbildes nicht mehr einherzugehen vermag. Im Filmstudio Neumarkt suchen vier Herren als zigfache Multiplikation von «Der untalentierte Mister R.» nach der zugleich schmeichelhaftesten wie auch glaubwürdigsten Pose, sprich einer Maximierung eines Anscheins von weltgewandt, wohlproportioniert und potent. Die Ausstattung suggeriert grenzenlose Solvenz und die damit einhergehende Unbekümmertheit. Was zählt, ist allein die Cadrage. Chady Bau-Nijmeh, David Attenberger, Marek Recoursé und Daryl Xavier Stone drapieren ihre jeweilige Männlichkeit auf einer Tagesliege so, dass auch der Marmorboden oder der Ansatz einer römischen Säule im Bild sind. Nehmen sie im Hausmantel ihren Morgenkaffee ein, zeigt der Umgebungsvorhang die freie Kanalsicht von einem venezianischen Palazzo.

Sie parlieren Deutsch, Französisch, Englisch einen ewig wiederkehrenden Kreis inhaltsleerer Plattitüden. Das Hauptaugenmerk liegt auf der möglichst authentisch wirkenden Illusionsherstellung einer grösstmöglichen Gelangweiltheit bei zeitgleich tiefsinnigst und tiefenentspanntest wirkender Mimik. Eine latente Gefahr lauert im Aufkommen der leisesten Ahnung eines Müssens, die die ganze aufwändig aufgebauschte Popanz verriete, all den Zauber vertriebe. Eine Schnittmenge zwischen Patricia Highsmiths zu allem entschlossenem Hochstapler und einer professionellen Eigeninszenierung für die sogenannten Sozialen Medien ist nicht von der Hand zu weisen. Allein die Abgründe werden nicht gleichermaßen weitreichend ausgelotet. Die ganze Kamerafokussiertheit der Inszenierung, die mitunter das Schweisstreibende des Probiereins aufblitzen lässt, aber daraus kein Gefälle etwa in die Grotteske explizit zu entwickeln vermag, zeitigt für das physisch anwesende Publikum auch ermüdende Komponenten. Die vergleichsweise rasche Verselbstständigung des Gedankenflusses als trefflichen Ausdruck für die Talentfreiheit im Titel anzuerkennen, liegt noch einigermaßen nahe, allerdings fehlt für das Versprechen «Bourgeois in Drag» jedwede ausschweifende Exaltiertheit. Es bleibt den Arbeitern bei der Arbeit zusehen, von denen ihre Rolle längst Besitz ergriffen hat. *froh.* **«Der untalentierte Mister R.»**, bis 21.10., Theater Neumarkt, Zürich.

Füllhorn

Ein roter Faden verknüpft Traum und Unterwelt, Historie und Perspektivlosigkeit zu einem symbolhaften Märchen.

Fanfarenklänge entreissen den verdreckten jungen Mann seinem Schlummer, in dem sich der rote Faden vom Strickleid seiner ewigen Angebeteten in der Erde verhakt hatte und nun eine Spur legt. Als ihn ein fliegender Händler auf seinen strengen Geruch hinweist, fährt er aus der Haut und die gesamte restliche Gesellschaft verschwindet in den Abteilen des Seitengangwaggons. Dem unwillentlichen, aufsässigen Empfang gibt er sich nach Einsicht seiner Wehrlosigkeit hin und lässt sich in einen Strudel zirkensischkarnevalesker Ausgelassenheit ziehen. Die Kamera wechselt zwischen grobem Korn und brillanter Schärfe, derweil sich Gewissheiten noch gar keine festsetzen konnten. Arthur (Josh O'Connor), so wird sich in Alice Rohrwachers «La Chimera» zusehends herausstellen, verfügt über ein gefragte Gabe. Weil sich diese versilbern lässt, gerät der eben aus der Haft entlassene arme Schlucker nur ein Mal in Versuchung einer moralischen Tat. Seine Not bleibt dieselbe. So verdingt er sich bei der nächst weniger armen Räuberbande erneut. Im zerfallenen Palazzo der Signora Flora (Isabella Rossellini), für die er als ehemals Verlobter der verschwundenen Tochter Beniami-

na (Yile Yara Vianello) als Projektor dient, in ihrer Vergangenheitssehnsucht verhaftet leben zu bleiben, trifft ihn der Bannstrahl der Zuneigung zu deren Hausmagd Italia (Carol Duarte). Sie wird in ihrer aufrichtigen Unbekümmertheit zur zentralen Erzählfigur, weil ihre schrittweisen Entdeckungen von Zusammenhängen zeitgleich die inhaltlichen Offenbarungen für das Publikum werden. Mehrfach dargeboten in regelrecht theatralplastisch anmutenden Erzählgesängen. Die anfänglichen Zweifel, ob Arthur jemals überhaupt aus seinem Traum erwacht ist, sind längst eine verzückte Verwunderung über die scheinbar ausufernd weiten Erzählschlenker gewichen, die Alice Rohrwacher gewitzt nutzt, um eine umfassendste mögliche Geschichte zu weben. Darin reklamiert etwa das Raubgut mit seinem kulturellen Hintergrund der Etrusker einen ebenso wichtigen Platz, wie die Wahl der Filmörtlichkeiten, die den Umgang mit dem ehemals unerwünschten Auswärtigen mit landverschandelnden Fortschrittskathedralen in eine Relation zueinander setzen. Oder Klischees wie das Zankrudel von Signora Floras Töchtern mit Tragödien wie Italias im Versteckten aufwachsen müssenden Kindern. «La Chimera» ist ein assoziatives Füllhorn, das intuitiv als ein umfassendes politisches Gesellschaftsbild erfahrbar wird und trotz verbreiteter Misere das Leben um des Lebens Willen feiert. *froh.* **«La Chimera»** spielt in den Kinos Houdini, Movie.



Die Hodenrente

Ein neues Wort macht seit einigen Monaten Karriere: die «Bodenrente». Für den Fall, dass es jemand noch nicht mitbekommen hat: Das ist der Anteil des Ertrags aus Liegenschaften, dem keine Leistungen wie Gebäudeunterhalt, Verwaltung usw. gegenüberstehen, also das leistungsfreie Einkommen der Grundbesitzenden. Renten sind ja tatsächlich Einkommen, denen keine aktuellen Leistungen gegenüberstehen; trotzdem stört mich etwas an dem Begriff: Eine «Rente» ist typischerweise etwas, das einem moralisch wie rechtlich zusteht, denken wir an die AHV-, IV- oder Pensionskassenrenten; solange wir arbeiten, zahlen wir in die entsprechenden Kassen ein, und wenn wir die Renten beziehen, haben wir einen begründeten Anspruch darauf. Diese Renten werden also gemeinschaftlich alimentiert und kommen allen zugute, dienen mithin dem sozialen Ausgleich. Die Bodenrente dagegen begründet sich rein aus dem Eigentum an Grund und Boden. Sie wird von den Arbeitenden alimentiert und kommt den Besitzenden zugute, dient mithin der Verstärkung sozialer Unterschiede. Die «Republik» hat ausgerechnet, dass damit rund 90 Milliarden Franken jährlich von unten nach oben umverteilt werden – weit mehr als die Gesamtsumme aller Einkommenssteuern («Die unsichtbare Milliardenverteilung», 1.9.2023). So gesehen empfinde ich den Begriff Bodenrente als einen Euphemismus, der das Skandalöse an der Geschichte verschleiert.

Aber denken wir den Begriff der «Rente» mal weiter in der Bedeutung «leistungsfreie Einkommen aller Art»:

Da kommen mir als erstes die Kapitalgewinne in den Sinn, quasi das bodenlose Pendant zur Bodenrente; nennen wir sie «Geldrente». Diese begründet sich rein aus dem Besitz von Geld; und wenn «Liberale» behaupten, die Geldrente sei

«Der Begriff Bodenrente ist ein Euphemismus.»

eine Entschädigung für Investitionsrisiken, dann ist das mit Blick auf die vergangenen Jahrzehnte läppisch. Trotz diverser Krisen sind die Kapitalmärkte über einen mittelfristigen Horizont gesehen stetig gewachsen, die Reichen stetig reicher geworden. Und wenn, wie jüngst die CS, eine grosse Firma nach jahrelangem Missmanagement und trotz moralisch verwerflicher Geschäfte pleite geht, dann werden die Aktionäre nicht etwa zur Verantwortung gezogen, sondern man mobilisiert den Staat, um deren Verluste abzufedern.

Bleiben wir bei den Besitzenden, findet sich als nächstes leistungsfreies Einkommen die Erbschaft. Hier ist es schwieriger, einen Rentenbegriff dazu zu erfinden, sind doch

«Witwen-», «Waisen-» und «Kinderrente» bereits besetzt, und auch eine «Hinterbliebenenrente» wäre in der AHV-Rente bereits enthalten. In Anlehnung an die «It-Girls» wäre vielleicht «It-Rente» angemessen, jedoch fände ich einen deutschen Begriff sympathischer, und von Erbschaften profitieren ja auch nicht nur die Superreichen – die Tochter des verstorbenen Bally-Schuhmachers, die sein hart erarbeitetes Häuschen erbt, wird kaum als «It-Girl» durchgehen. Vielleicht wäre «Herkunftsrente» ein guter Begriff, jedoch etwas langweilig; bleiben wir halt bei «Erbschaft».

Schliesslich kommen wir zum Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen – auch dieser ist schlussendlich ein leistungsfreies Einkommen und begründet sich rein aus dem Geschlecht, das mir zufällig zuteil geworden ist. Dieses Einkommen wird gemeinhin als «Gender-Wage-Gap» bezeichnet; mir als sprachsensiblen Wesen ist das natürlich ein Graus. Es wäre an der Zeit, auch hier einen deutschen Begriff zu prägen – wie wäre es mit «Hodenrente»?



Markus Ernst

Reklame

BEZAHLBARER WOHNRAUM STABILE FINANZEN EFFEKTIVER KLIMASCHUTZ

artshook.net

«KOMPETENZ IN DER DEPARTEMENTS-FÜHRUNG»
NZZ, 2022

«TRANSPARENT, GERADLINIG»
Tages-Anzeiger, 2018

DANIEL LEUPI

DEMNÄCHST IM STÄNDERAT

DANIELLEUPI.CH

FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ,
DIE VERANTWORTUNG ÜBERNIMMT
FÜR EINE GERECHTE WELT.

BISHER

FABIAN MOLINA